

Wolfgang Abendroth

---

# Der theoretische Weltkommunismus



MARXISTISCHE BLÄTTER

---

FLUGSCHRIFTEN 12



Die Zeitschrift

en.

fürs Vergnü  
Am Denken.

# ***MARXISTISCHE BLÄTTER***

oversen

Analysen ★ Hintergrund ★ Kommentare ★

Alle 2 Monate • 112 Seiten  
42,50 € / Jahr, ermäßigt 27,50 €. **Probeheft kostenlos**

Neue Impulse Verlag • Heffringstraße 8 • 45277  
Fon: 02 01 - 2 48 64 82 • Fax: 02 01 - 2 48 64 84  
NeueImpulse@aol.com

Wolfgang Abendroth

# **Der theoretische Weltkommunismus**

Neue Impulse Verlag

Dieser Broschüre liegt ein Text zugrunde, den Wolfgang Abendroth Ende der 1960er Jahre für die Neubearbeitung der – ansonsten von Werner Hofmann verfaßten – „Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts“ geschrieben hat. (Sammlung Göschen Band 4205; seit einigen Jahren nicht mehr neu aufgelegt.) Der erste Absatz (auf S. 5) stammt von Werner Hofmann; er wurde aufgenommen, weil sich Abendroths Text unmittelbar auf ihn bezieht.

Wir legen Abendroths Text hier, unverändert, erneut vor. Lisa Abendroth, der Witwe Wolfgang Abendroths, danken wir herzlich für die Nachdruckgenehmigung.

© 2002 Neue Impulse Verlag GmbH, D-45127 Essen, Hoffnungstr. 18  
Fon 0201-24 86 482; Fax 0201-24 86 484; NeueImpulse@aol.com  
Alle Rechte vorbehalten  
Titelgrafik Bernd Bücking, München  
Druck: DIP Digital Print, Witten  
ISBN 3-910080-42-1  
EUR 2.50 (D)

# Inhalt

<b>I.</b>	<b>Kriegskommunismus und „Neue ökonomische Politik“ (NEP) in Sowjetrußland .....</b>	<b>3</b>
<b>II.</b>	<b>Die Kommunistische Internationale bis 1924 .....</b>	<b>11</b>
<b>III.</b>	<b>Sowjet-Union und Kommunistische Internationale 1924-1928 .....</b>	<b>16</b>
<b>IV.</b>	<b>Der Stalinismus .....</b>	<b>20</b>
<b>V.</b>	<b>Der Polyzentrismus und die Rückkehr zu öffentlich diskutiertem theoretischem Denken im Weltkommunismus .....</b>	<b>32</b>
<b>VI.</b>	<b>Theoretische Einzelarbeit auf der Grundlage des Marxismus .....</b>	<b>37</b>



**A**us dem von LENIN postulierten „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung“ und aus der Lehre von der „Verschärfung der Widersprüche“ innerhalb der kapitalistischen Welt entspringt die (erst später, nämlich nach der Isolierung der russischen Revolution seit der Niederlage der deutschen Revolution, von LENIN gezogene) Folgerung: Eine sozialistische Umwälzung kann zunächst in *einem* Land, und zwar in einem ökonomisch zurückgebliebenen, gelingen und sich dauerhaft stabilisieren. Die Kette der kapitalistischen Nationen reißt an ihrem „schwächsten Gliede“ ab. Allerdings erhoffte in den Jahren 1917/18 LENIN, daß die russische Revolution der Arbeiterschaft in einigen europäischen Industrieländern das Signal zum eigenen Aufbruch geben werde, so daß die russische Revolution durch eine unmittelbar folgende Umwälzung in anderen Ländern abgesichert sein würde. An dieser Erwartung der „*permanenten Revolution*“ hat später TROTZKI (1879 bis 1940) festgehalten, während STALIN (1879-1953) einen Schritt über LENIN hinausgegangen ist: Nicht nur die proletarische *Revolution* in einem Lande, auch der „*Aufbau des Sozialismus*“ in einem Lande ist möglich und notwendig.

Einheit und Gegenständlichkeit, geistige Leistungen wie Dogmatisierungstendenzen des Weltkommunismus beruhen auf diesem der Situation der Sowjetunion schon im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz immanenten Widerspruch. Die Formen, in denen er sich äußert, haben sich je nach der historischen Situation ständig verändert und jene für eine lange Periode dem Scheine nach unveränderliche monolithisch-„totalitäre“ Phase erzeugt, die bei den Versuchen seiner Analyse und sachlichen wissenschaftlichen Beurteilung in den westlichen Ländern häufig zu im Grunde unhistorischer, nur äußere Phänomene registrierender Betrachtung und zu lediglich polemischer Wertung verführt hat. Aber weder Inhalt noch Form seiner Ideologie, noch die Art und Weise, in der er die älteren Schichten marxistischen Denkens erheblich verändert und teilweise beiseitegeschoben hat, erst recht nicht die gegenwärtige polyzentrische Auflösung seines nur vorübergehend monolithischen Charakters lassen sich soziologisch analysieren und verstehen, wenn nicht die sozialhistorische Situation, die jeweils sein Wesen bestimmt, in die Untersuchung einbezogen wird.

## **I. Kriegskommunismus und „Neue ökonomische Politik“ (NEP) in Sowjetrußland**

Der Sieg der russischen Oktober-Revolution (1917) wurde dadurch möglich, daß es der bolschewistischen Partei gelungen war, die Mehrheit in den Sowjets zu erobern, weil sie die Forderung der Massen nach der Beendigung des Krieges, der Liquidierung des Großgrundbesitzes und der Zerschlagung des früheren politischen Systems, das diese Forderungen offensichtlich nicht zu erfüllen bereit war, am klarsten artikuliert. Die Sowjets waren zunächst plebiszitäre Revolutionsorgane agierender Massen gewesen und in dieser Form bereits in der Revolution von 1905 (vgl. LEO TROTZKI, „Die russische Revolution von 1905“, 1910) in Erscheinung getreten. Parallele organisatorische Formen spontaner Massenbewegungen waren die revolutionären Obleute während der deutschen Massenstreiks im ersten Weltkrieg, die Räte im deutschen Revolutionsprozeß 1918/19, die shop stewards in den englischen Streikbewegungen der gleichen Periode, ähnliche Gruppierungen in der italienischen Arbeiterbewegung bis zum Sieg des Faschismus. Sie wurden nun durch den Sieg der Oktoberrevolution zu Staatsorganen. LENIN hatte in Weiterbildung der Analyse der Pariser Kommune durch KARL MARX die politische Theorie eines nur auf unmittelbare demokratische Selbstverwaltung gegründeten proletarischen Staates, der Diktatur des Proletariats, entwickelt, die insofern Diktatur sein sollte, als sie an die Rechtsnormen des früheren bürgerlichen Staates nicht gebunden war, aber insofern Demokratie sein wollte, als die an der Revolution beteiligten Massen ihre Räte nicht nur kontrollieren, sondern auch jederzeit umbesetzen konnten („Staat und Revolution“, 1917, deutsch 1919). Die Partei spielt in dieser Phase der Theorieentwicklung nur ein intellektuell leitende, nicht eine institutionell privilegierte Rolle.

Die Niederlage der revolutionären Bewegung in den mittel- und westeuropäischen Ländern ließ die Autorität der siegreichen russischen Revolution und ihrer bolschewistische Führerpartei auch unter den Arbeitern und den Theoretiker der marxistischen Linken in diesem Teil Europas rasch stark anwachsen. In den mitteleuropäischen Ländern und in Italien hatte zwar die Revolutionsperiode am Ausgang des ersten Weltkriegs die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts zum Siege geführt; aber der soziale Inhalt der bisherigen kapitalistischen Gesellschaftsstruktur war infolge des Bündnisses zwischen der den Krieg unterstützenden Organisationswelt des refor-

mistischen (und meist auch des vorher „zentristischen“) Flügels der Arbeiterbewegung, dem überkommenen Staatsapparat und den bürgerlichen Klassen nach Auseinandersetzungen mit den meist nur unorganisiert handelnden Arbeitermassen erhalten geblieben. Deshalb erschien diesen sich nach links orientierenden Kräften nun der Erfolg der Oktober-Revolution als Vorbild. So wurde die Theorie der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik als ihrer politischen Form, die vor 1917 noch nicht bestanden hatte, von den westeuropäischen linken Marxisten übernommen, auch soweit sie sie vor den ersten Rückschlägen vor allem der deutschen Revolution noch nicht akzeptiert hatten. ROSA LUXEMBURG (1870-1919) hatte in ihrem Manuskript „Die russische Revolution“ (März 1918, posthum publiziert 1922) noch die Ausschaltung des Parlamentarismus in Rußland bedauert, aber dann im Spartakus-Programm (Dezember 1918) die Alleinherrschaft der Räte gefordert. Ähnlich hatten sie die Niederländer ANTON PANNEKOEK (1873-1965, „Bolschewismus und Demokratie“, 1919), HERMANN GORTER (1864-1927, „Der historische Materialismus“, 2. Aufl. 1921), HENRIETTE ROLAND-HOLST (1869-1952) und die Italiener AMADEO BORDIGA (geb. 1889) und ANTONIO GRAMSCI (1891-1937) entschieden.

Allerdings vollzog sich diese Rezeption zunächst in der ursprünglichen Fassung der Lehre, die nicht auf eine Parteidiktatur, sondern auf plebiszitäre Demokratie bei lediglich mehr oder minder beratender Funktion der revolutionären Partei gerichtet war. Dieser Stimmung entsprach die Dogmatisierung der These von der Diktatur des Proletariats dahin, daß ein legaler Weg der Transformierung der bürgerlichen in eine sozialistische Demokratie nicht möglich sei, sondern daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft stets (auch in den bürgerlichen Demokratien) des Mittels des gewaltsamen Umsturzes bedürfe. Dadurch wurde die Auffassung von MARX und ENGELS modifiziert, die der Ansicht gewesen waren, diese Frage sei nur auf Grund der konkreten politischen Situation in den einzelnen Staaten entscheidbar. Der Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale im März 1919 formulierte dieses Dogma. Er drückte damit eine Auffassung aus, die damals weit über den zunächst noch recht kleinen Bereich der durch ihn organisierten Teile der europäischen Arbeiterbewegung hinausging, und ermöglichte dadurch das sehr rasche Wachstum der kommunistischen Parteien, die im Spaltungsprozeß der Arbeiterorganisationen in den westeuropäischen Ländern rasch an Einfluß gewannen.

In Rußland selbst verhinderten zunächst die Notwendigkeit einer Abwehr der militärischen Intervention der kapitalistischen Großmäch-

te gegen die Revolution und der Bürgerkrieg, daß ein umfassendes und durchdachtes Konzept der Wirtschaftspolitik des jungen Sowjetstaates entstand. Über die von den Bolschewiki vor dem Aufstand und in den ersten Wochen der Sowjetherrschaft geplante Verteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern und Vergesellschaftung der Banken und der Großindustrie hinaus wurde jedoch faktisch durch das spontane Handeln der Massen die Sozialisierung der industriellen Erzeugung vollendet. Die Beseitigung des Analphabetismus wurde bei Erweckung eines außerordentlich starken Bildungsenthusiasmus der Massen mittels umfangreicher staatlicher Unterstützung und Organisation von Volksbildung und Wissenschaftsbetrieb sofort in Angriff genommen und damit eine Tendenz eingeleitet, die für alle sozialistischen Staaten charakteristisch geblieben ist. Aber durch den Bürgerkrieg war die Mehrzahl der industriellen Arbeiter (ohnedies nur eine kleine Minderheit in der erwerbstätigen Bevölkerung des damals im wesentlichen agrarisch bestimmten Landes) und auch ein großer Teil der revolutionären Intelligenz in die Armee eingegliedert worden. Ein großer Teil des industriellen Produktionsapparates und der Verkehrswege war zerstört worden. So war der junge sowjetische Staat dazu gezwungen, das extrem-demokratische und föderalistische politische Herrschaftssystem wieder zu zentralisieren, wenn er überleben und sein ökonomisches System ordnen wollte. War seit der Februar-Revolution 1917 die bolschewistische Partei eine breite Massenpartei mit größter Diskussionsfreiheit geworden, so mußte jetzt die Parteidisziplin wieder gestrafft werden. Übrigens war die Umformung der Bolschewiki aus einer zentral geführten Kaderpartei der Berufsrevolutionäre in eine demokratisch organisierte Massenpartei, wie sie sich seit Beginn der Februar-Revolution durchgesetzt hatte, durchaus in Übereinstimmung mit der ursprünglichen Parteitheorie LENINS („Was tun?“, 1902; „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, 1904) erfolgt, nach der seine Lehre von der streng disziplinierten Partei der Berufsrevolutionäre nur für die Lage der extremen Illegalität im zaristischen Reich Geltung hatte. Aber nach dem Ende der Bürgerkriegsperiode war es objektiv erforderlich, die Sowjets der wieder disziplinierten Partei unterzuordnen.

Wie weit die Demokratisierung und Liberalisierung der Partei in der Zwischenperiode gegangen war, wird dadurch verdeutlicht, daß im Oktober 1917 die Gruppierung um G. J. SINOWJEW (1883-1936) und L. B. KAMENJEW (1883-1936) sich erlauben konnte, nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch öffentlich gegen den Plan einer Eroberung der politischen Macht aufzutreten, ohne deshalb aus der Partei ausscheiden

zu müssen. Auch in der Auseinandersetzung um den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit dem Deutschen Reich hatte in den ersten Monaten des Jahres 1918 jede Richtung innerhalb der Partei ihre Auffassungen ohne alle Rücksicht auf den Gesichtspunkt der „Körperschaftsdisziplin“ unverhüllt öffentlich geäußert: N. J. BUCCHARIN (1888-1938) hatte als damaliger Führer der „linken Kommunisten“ jede Form auch nur vorübergehender Koexistenz mit den imperialistischen Staaten für unzulässig erklärt und den „revolutionären Krieg“ gefordert; TROTZKI hatte mit der Parole „weder Krieg noch Frieden“ eine Mittelposition bezogen. Der Sieg der realistischen Position LENINS, der zwecks Stabilisierung der Revolution zuletzt die Unterzeichnung durchsetzen konnte, hatte aber die damalige Lage dadurch grundsätzlich verändert, daß die Koalition der Bolschewiki mit den „linken Sozialrevolutionären“, die (wenn auch anders motiviert) die gleiche Ansicht wie BUCCHARIN vertraten, gesprengt wurde, so daß seitdem die Sowjetregierung zur Einparteiregierung geworden ist. Das Ende des Bürgerkrieges, in dem bereits die militärischen Notwendigkeiten die Straffung der Macht in der Armee erforderlich gemacht hatten, die einerseits durch die Heranziehung von früher zaristischen Offizieren, andererseits durch das Gegengewicht der von der Partei gestellten politischen Kommissare unter der Führung TROTZKIS erreicht wurde, hinterließ nun aber Sowjets, die zum großen Teil von politisch unerfahrenen Arbeitern, die in äußerster Not lebten, besetzt waren. Sie vertraten deshalb häufig utopische Wünsche und erwarteten von der Sowjet-Regierung Leistungen, wie sie in der damaligen ökonomisch verworrenen Situation nicht erbracht werden konnten. So gerieten die Tagesinteressen der Wähler und Mitglieder der Sowjets mit den Aufgaben der Stabilisierung der sozialistischen Revolution in einer Periode immer wieder in Konflikt, in der einerseits die bolschewistische Partei zur einzigen politisch wirksamen Partei des Landes geworden war, und in der sie andererseits nur noch durch ihre Disziplin und durch ihre rigorose Kontrolle über die Sowjets das Land vor chaotischer Auflösung bewahren konnte. Denn die Opfer, die den Arbeitern für den Wiederaufbau auferlegt werden mußten, wogen um so schwerer, als diese das Lebenshaltungsniveau der Vorkriegszeit (wenn man von ihren unendlich erweiterten Bildungsmöglichkeiten und kulturellen Chancen absieht) noch lange nicht wieder erreichen konnten. So war die Parteiführung schon vor der Wendung zur „Neuen ökonomischen Politik“ gezwungen gewesen, zur Diktatur der Partei über die Sowjets hinzudrängen. Dadurch entstanden die Konflikte, die zu Beginn des Jahres 1921 im Kronstädter Aufstand ihren dramatischen Ausdruck ge-

funden haben und das Ende der früheren Form der Sowjetdemokratie brachten.

Diese Veränderung der Stellung der bolschewistischen Partei zu den Sowjets und innerhalb der Sowjets hatte unvermeidlich erhebliche Folgen für die Struktur der Partei selbst. Die Gruppierung innerhalb der Partei, die am „Kriegskommunismus“ festhielt, den sofortigen, unvermittelten Sprung zu ersten Formen der kommunistischen Gesellschaft und damit die utopischen Hoffnungen der Massen weiter vertrat, hatte sich als „Arbeiteropposition“ unter der Führung von A. G. SCHLJAPNIKOW (1885-1937, „Die russischen Gewerkschaften“, 1920) und ALEXANDRA KOLLONTAI (1872-1952, „The Workers' Opposition in Russia“, 1923) als Fraktion organisiert<sup>1</sup>.

Wollte die Partei die volle Kontrolle über die Sowjets erlangen, so konnte sie eine bis in ihre unteren Einheiten hinein organisierte Fraktionsbildung nicht mehr dulden. Die Beschlüsse des 10. Parteitages (1921), der derartige Fraktionen verbot, machten deutlich, daß die Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Gesellschaft auch empfindliche Beschränkungen der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei und Modifikationen der Parteitheorie zur Folge haben mußte.

Die ältere Schicht der LENINSchen Konzeption der illegalen Kaderpartei mit Körperschaftsdisziplin gewann dadurch neues Leben. Mit der Begründung, daß nur eine auf strikte Disziplin achtende Herrschaftspartei die Ergebnisse der Revolution sichern und den industriellen Aufbau vorantreiben könne, wurde die LENINSche Parteitheorie umfunktionierte und die parteiinterne Diskussionsmöglichkeit auf alte Führungskader beschränkt. Das Buch von G. SINOWJEW (1883-1936) „Vorlesungen zur Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki)“ (1923) läßt diese Entwicklung deutlich erkennen. Dadurch mußte die Rezeption neuer sozialwissenschaftlicher Ergebnisse des Auslandes und das Niveau künftiger Diskussionen unvermeidlich Schaden leiden. Da aber der größte Teil der älteren Führer der KPdSU (und auch ein großer Teil der ausländischen kommunistischen Führer dieser Zeit) Intellektuelle waren, die ihre geistige Ausbildung dem westeuropäischen Marxismus der früheren Perioden und ständiger Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen westeuropäischen Sozialwissenschaften, der Ökonomie und der

1 Alexandra Kollontai war übrigens gleichzeitig die Theoretikerin der Auflösung der bürgerlichen Familienstruktur sowie der freien Liebe („Die Familie und der kommunistische Staat“, 1922; „Wege zur Liebe“, 1925), während Lenin und die Parteiführung eine restriktivere sexuelle Moral auch künftig für erforderlich hielten.

Philosophie in den Jahren verdankten, in denen sie vor der siegreichen Revolution in der Emigration gelebt hatten, blieb gleichwohl noch für einige Jahre diese langsam beginnende geistige Verengung des „Marxismus-Leninismus“ des Weltkommunismus relativ gering.

## **II. Die Kommunistische Internationale bis 1924**

Während dieser Prozesse in der Sowjetunion formierten sich in Westeuropa die kommunistischen Massenparteien. Sie wurden bereit, die Internationalisierung der sich transformierenden Parteitheorie Lenins zur Gedankenwelt einer auch in ihrem strategischen Vorgehen einheitlichen Weltpartei und die dadurch begründeten organisatorischen Anforderungen der Kommunistischen Internationale zu akzeptieren. Durch die Rückschläge der deutschen und der ungarischen Refür

Verhaltens (internationale Demonstrationswelle beim russisch-polnischen Krieg, Solidaritätsaktion bei der russischen Hungersnot 1921/22 und Gründung der Internationalen Arbeiter-Hilfe, Kampf für die diplomatische Anerkennung der UdSSR). Sie mußten bald zusätzlich nach neuen Wegen ihrer Tages-Politik suchen, die die mehr oder minder spontanen, unmittelbar revolutionären Verhaltensformen der kurzen ersten Periode nach der Oktoberrevolution modifizierten, also das Konzept des bloßen Rätekommunismus abstreiften und die Voraussetzungen ihrer Legalität (als der Bedingung der Existenz- von Massenparteien in einer Konsolidierungsperiode politischer Systeme) bei Beibehaltung des dogmatischen Ziels, der Diktatur des Proletariats, garantierten. Das Konzept zu einer derartigen Politik lieferte LENIN in „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ (1922). Sie war polemisch gegen den „linken Kommunismus“ der damaligen Periode, wie er in Deutschland durch den auch als Pädagogen bedeutenden OTTO RÜHLE (1874-1943; „Das proletarische Kind“, 2. Aufl., 1922), in den anderen europäischen Ländern durch PANNEKOEK, GORTER, HENRIETTE ROLAND-HOLST, BORDIGA, und zunächst auch noch durch GEORG LUKÁCS verteidigt wurde, gerichtet. Der Linksradikalismus wurde nun aus dem Weltkommunismus verdrängt. Damit hatten die Führer der KPdSU und die zunächst von SINOWJEW präsierte Leitung der Kommunistischen Internationale ihre Autorität abermals erhöht, weil sie den europäischen kommunistischen Parteien eine realistische Strategie anbieten konnten. Die Tendenz zu kritischem Verhalten gegenüber der russischen Revolution und ihrer aktuellen Entwicklung mußte dadurch noch weiter zurückgedrängt werden. Allerdings wäre es falsch, zu unterstellen, daß in dieser Entwicklungsphase des Weltkommunismus die KPdSU im Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale bereits eine in vollem Maße manipulative Diktaturgewalt in Anspruch genommen hätte; denn noch bildeten darin die nicht-russischen Parteien die Mehrheit und war auch in der Führung der KPdSU keine „monolithische“, Diskussion in der Führung ausschließende Struktur vorhanden.

Der Aufschwung der revolutionären antiimperialistischen Bewegung in den kolonialen Gebieten, der als Folge des ersten Weltkrieges und des erfolgreichen Vorbildes der Oktoberrevolution erst nach der Beendigung der revolutionären Situation in den alten kapitalistischen Ländern größeren Umfang annahm und von LENIN vorausgesehen worden und in die Konzeption der Kommunistischen Internationale einbezogen worden war, führte gleichzeitig zum Ausbau der Theorie des Bündnisses mit nichtproletarischen Klassen in der kolonialen Revolution zuguns-

ten ihrer nationalen Revolution, die in der Gründung der „Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung“ (Brüsseler Kongreß 1926) kulminierte. Dadurch wurden die Führer der Parteien der kolonialen Befreiungsbewegung mit denjenigen des Weltkommunismus, aber auch mit linkssozialistischen Gruppierungen, zu gemeinsamer Diskussion zusammengebracht und wurde nicht nur die Entwicklung der Theorie und Strategie der „Einheitsfront“ des Weltkommunismus mit der reformistischen Arbeiterbewegung, sondern auch die Konzeption der „nationalen Front“ bzw. der „Volksfront“ mit anderen Klassen (über die Arbeiterklasse hinaus) vorbereitet.

Die Sowjetunion konnte sich im Zeichen der NEP rasch stabilisieren; der formelle staatsrechtliche Zusammenschluß der verschiedenen Sowjetrepubliken zur UdSSR erfolgte erst jetzt (1922). Ihr Ziel, Investitionshilfen aus den industriell entwickelten Staaten zu erlangen, ließ für die Sowjetunion das Bestreben nach völkerrechtlicher Anerkennung in den Vordergrund rücken. Schon deshalb mußte die Ablehnung der These des „jakobinischen“ Krieges gegen kapitalistische Staaten, also des Einsatzes der proletarischen Staatsmacht und ihrer Armee zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern (wie sie einst von den „Linken Kommunisten“ vertreten worden war), jetzt noch größere Bedeutung gewinnen. Selbstverständlich hielt die bolschewistische Partei als führende Kraft der Kommunistischen Internationale an der Hoffnung auf die Weltrevolution, auf den Sieg der kommunistischen Parteien in den industriell entwickelten kapitalistischen Staaten und auf die koloniale Revolution fest. Aber zwischen den Aufgaben des sowjetischen Staates und denjenigen der Kommunistischen Internationale mußte jetzt in der Theorie des Weltkommunismus klar differenziert werden. Auch in der UdSSR selbst war gleichzeitig das Gewicht juristischer Probleme nicht nur aus Gründen der Stabilisierung der Staatsmacht, sondern ebenso deshalb erheblich gewachsen, weil infolge der NEP marktwirtschaftliche Formen wieder große Bedeutung erlangt hatten.

Der Marxismus hatte sich bis dahin – wenn man von der Erörterung der politischen Justiz und der Problematik der Klassengrundlagen der Rechtsordnung absieht (z. B. ERNST FRAENKEL, geb. 1898, „Soziologie der Klassenjustiz“, 1929) – nur in geringem Maße mit Fragen der Rechtswissenschaft beschäftigt. Der Austromarxist KARL RENNER (1870-1950) war mit seiner Untersuchung „Die Institutionen des Privatrechts und ihre soziale Funktion“ (1. Aufl. 1904, 2. Aufl. 1929) fast allein geblieben. Nun wurde durch eine breite und kontroverse Diskussion über die Funktion und Methodik der Rechtswissenschaft ein neuer Bereich für

die Anwendung marxistischer Theoreme erschlossen. KOROWIN untersuchte in „Das Völkerrecht der Übergangszeit“ (1924, deutsch 1929) das Problem der juristischen Konsequenzen der Koexistenz kapitalistischer und sozialistischer Staaten in der Völkerrechtsordnung und kam zu dem Ergebnis, daß zwischen sozialistischen und kapitalistischen Völkerrechtssubjekten bindende vertragliche Beziehungen, aber auch die gemeinsame Anerkennung eines Minimums allgemeiner Rechtssätze möglich und erforderlich seien, wenn auch zwischen den sozialistischen Völkerrechtssubjekten eine besondere engere Völkerrechtsgemeinschaft bestehen werde. Den stärker am juristischen Positivismus orientierten Autoren M. A. REISSNER (Der Staat, 1918) und P. J. STUTSCHKA (Einführung in die Theorie des „Zivilrechts“, 1927; „Die revolutionäre Rolle des Rechts und des Staates“, 1924) trat E. PASCHUKANIS („Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“, 1925, deutsch 1929) mit der These gegenüber, die kapitalistische Produktionsweise habe neben dem Warenfetischismus und seinen Gesetzen einen Rechtsfetischismus mit einem eigenen (aber ebenso objektiven) System juristischer Gesetzmäßigkeiten erzeugt, der sich in der Übergangsgesellschaft zum Sozialismus parallel mit den objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion aufheben werde. Trotz seiner Kritik an KOROWINS Schule hielt aber auch er an der Auffassung fest, daß für eine längere Periode sozialistische und kapitalistische Staaten in einer ökonomisch interdependenten Welt, wenn auch in einer antagonistischen Weise, koexistieren. So kam also die sozialistische Rechtstheorie in allen ihren Varianten zu dem gleichen Ergebnis wie die praktische Außenpolitik der UdSSR, daß nämlich die sozialistischen Staaten (bzw. nach der Vereinigung der bis dahin voll souveränen einzelnen Sowjet-Republiken zur UdSSR diese als der damals einzig existente sozialistische Staat) an der Vermeidung gewaltsamer Zusammenstöße mit ihrer Außenwelt und also an der strikten Verteidigung des Prinzips des Verbots der gewaltsamen Intervention in die inneren Auseinandersetzungen anderer Staaten interessiert seien, solange und soweit sie nicht durch fremden Angriff in einen Krieg verwickelt seien. Allerdings wurde von PASCHUKANIS die Existenz gemeinsamer Rechtsbegriffe zwischen den koexistierenden sozialen Systemen weitgehend bezweifelt. Die eindeutige Unterscheidung zwischen der auf friedliche Koexistenz mit den bürgerlichen Staaten gerichteten Realpolitik des Sowjetstaates auf der einen Seite und der die Förderung und Organisation der Weltrevolution (als der Kombination sozialistischer Revolutionen in den industrie-kapitalistisch organisierten Staaten und nationaler Revolutionen in Kolonialgebieten und halbkolonialen Ländern) in-

tendierenden Politik der kommunistischen Parteien einschließlich der KPdSU auf der anderen Seite wurde damit zum festen Dogma des Weltkommunismus; es schloß die Pflicht zur Unterstützung der UdSSR für die kommunistischen Parteien in den bürgerlichen Staaten ein.

Im übrigen blieb jedoch der Rahmen der theoretischen Diskussion und also auch der wissenschaftlichen Kontroversen und damit der potentielle theoretische Ertrag von Debatten innerhalb des sowjetischen und des Weltkommunismus noch relativ breit. BUCHARIN und E. A. PREOBRA-SHENSKI (1886 bis 1937) hatten gemeinsam im „ABC des Kommunismus“ (1919) das einführende Lehrbuch in seine Doktrinen geschrieben. Sowohl die sowjetischen führenden Theoretiker des Marxismus als auch diejenigen der anderen großen kommunistischen Parteien systematisierten und differenzierten im übrigen die Denkansätze, die im Marxismus der II. Internationale vor dem ersten Weltkrieg entwickelt worden waren, ohne dessen tendenziell deterministisch-mechanistische Deutung der Lehre von MARX und ENGELS voll zu überwinden, wie sie sowohl für KAUTSKY als auch in geringerem Maße für PLECHANOW charakteristisch gewesen war. Das wird sowohl durch BUCHARINS „Theorie des historischen Materialismus“ (1922) als auch durch AUGUST THALHEIMERS „Einführung in den dialektischen Materialismus“ (1928) belegt. Die philosophischen Arbeiten A. M. DEBORINS (z. B. – gemeinsam mit THALHEIMER – „Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus“, 1928) und W. M. ADORATSKIS („Vom Staat“, 1923) zeigen trotz ihres erheblichen wissenschaftlichen Wertes ähnliche Schranken. Die Rezeption der Hegelschen Dialektik in der Diskussion über die Methodologie des Marxismus führte nur bei Außenseitern außerhalb der Sowjetunion zu neuen Denkansätzen, die auf die Dogmatik des Weltkommunismus im ganzen keinen erheblichen Einfluß ausgeübt haben, gleichgültig, ob sie wie A. GRAMSCI und G. LUKÁCS auch in der folgenden Periode Mitglieder der Kommunistischen Internationale blieben, oder wie KARL KORSCH aus dem organisierten Weltkommunismus verdrängt wurden.

N. KRUPSKAJA (1869-1939), die Lebensgefährtin LENINS (Gesammelte Schriften zur sozialistischen Pädagogik, deutsch 1967), und A. S. MAKARENKO (1888-1939, Der Weg ins Leben, russ. 1940, deutsch 1949) versuchten gleichzeitig auf der Grundlage des Marxismus eine Erziehungslehre zu entwickeln, zumal für den sozialistischen Staat Bildungs- und Erziehungsprobleme auch in der Praxis als gewichtiger erscheinen mußten als für diejenigen Staaten, die ihre Industrialisierung auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse bewirkt haben oder in der Gegenwart bewirken.

Die Beiträge des Weltkommunismus zur Erörterung ökonomischer Probleme behielten ebenfalls immer noch erhebliches Niveau. EUGEN VARGA („Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur“, 1921; „Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft“, 1922; „Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus“, 1955) prognostizierte z.B. durchaus zutreffend die Weltwirtschaftskrise von 1929. BUCHARIN („Die politische Ökonomie des Rentners“, 1926) analysierte mit den Mitteln marxistischer Ideologiekritik und Soziologie die Grenznutzen-Lehre, deren Anhänger damals die nationalökonomischen Lehrstühle Mitteleuropas zu erobern im Begriff waren. So wurde also auch die wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung des Weltkommunismus mit den theoretischen Arbeiten der bürgerlichen Wissenschaft noch immer sachlich und differenziert geführt.

Trotz der politischen Verhärtung der Auseinandersetzung zwischen Weltkommunismus und Sozialistischer Internationale sollten in dieser Periode die kommunistischen Sozialwissenschaftler den Kontakt mit marxistischen Theoretikern, die nicht Kommunisten waren, auch nach dem Willen der Partei- und Staatsführung der UdSSR nicht verlieren. Der Leiter des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institutes, RJASANOW, hatte die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zunächst in enger Zusammenarbeit mit dem austromarxistischen Historiker der Arbeiterbewegung, CARL GRÜNBERG, der seit 1924 Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung war, vorbereitet. Durch die Textermittlung und Publikation der Frühschriften von KARL MARX haben sie der sozialwissenschaftlichen Forschung und dem Marxismus neue Impulse geben können.

### **III. Sowjet-Union und Kommunistische Internationale 1924-1928**

Inzwischen hatten jedoch die Krankheit und der Tod LENINS (21. Januar 1924), dessen Autorität als Volkstribun, als allgemein anerkannter strategischer und taktischer Führer und als theoretischer Denker in der gesamten kommunistischen Bewegung unbestritten gewesen war, so daß bis dahin die Leitung des Weltkommunismus nicht oder doch nur begrenzt auf institutionelle Manipulation angewiesen war, ein Vakuum hinterlassen, das durch Konkurrenzkämpfe um die Führung der Sowjetunion und der Internationale ausgefüllt wurde. In der gleichen Zeit war die Hoffnung verschwunden, daß in den nächsten Jahren durch den Sieg der sozialistischen Revolution in einem industriell entwickelten Lande die

Sowjetunion aus ihrer Isolierung befreit würde. In der UdSSR hatte die NEP zwar ermöglicht, den durch den Bürgerkrieg zerstörten industriellen Produktionsapparat der Vorkriegsperiode und das Verkehrswesen wieder aufzubauen, aber nur wenige Ansätze zu seinem Ausbau und nur Anfänge einer gezielten Planung dieser Erweiterung erlaubt. Die Notwendigkeit rascher Industrialisierung aus eigener Kraft blieb also für eine ganze Epoche bestehen. Die „ursprüngliche Akkumulation“ musste für diese Zeit die zentrale Aufgabe der UdSSR bleiben, ihre Bevölkerung noch lange auf erhebliche Steigerung ihres Konsums verzichten. Denn die Niederlage der deutschen Arbeiter im Oktober 1923 und die – relative – Stabilisierung des Weltkapitalismus nach dem Dawes-Plan 1924 hatten die revolutionäre Situation in Europa deutlich für einen langen Zeitabschnitt beendet, so daß mit größeren Investitionshilfen aus industrialisierten Ländern nicht zu rechnen war. Die Politik der NEP in der UdSSR, die auf der Hoffnung beruht hatte, diese Lage werde nur vorübergehend bestehen, war daher an ihre Schranken gelangt. Einerseits war das industrielle Produktionsniveau Rußlands, wie es in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatte, zwar fast wieder erreicht, andererseits hatte jedoch der Aufstieg der „Kulaken“, der reichen Bauern, und die beginnende wirtschaftliche Unterwerfung der armen Bauern unter diese Klasse die in dieser Situation unvermeidlichen Widersprüche der Agrarwirtschaft entfaltet, in der immer noch die große Majorität der sowjetischen Bevölkerung beschäftigt war. Da gleichzeitig die Gegensätze zwischen den großen industriellen kapitalistischen Nationen – auch während der Hochkonjunktur von 1926/27 – wieder wuchsen, und die chinesische Revolution, in der die Führung der Kuomintang anfangs mit der UdSSR und der jungen kommunistischen Partei Chinas verbündet war, zunächst Erfolge hatte, wurde jedoch trotz mancher Rückschläge die internationale Stellung der UdSSR gefestigt, so daß die Sicherung ihrer inneren Struktur durch neue Formen der Wirtschaftspolitik und der Planung möglich, aber gleichzeitig auch notwendig wurde. Einige außenpolitische Rückschläge – der Bruch mit England auf Grund der Verwendung eines gefälschten SINOWJEW-Briefes durch die Konservativen, die Rechtswendung der Kuomintang unter TSCHIANG KAI SHEK und die Niederwerfung der chinesischen Kommunisten in Shanghai und Kanton – wurden zur Rechtfertigung der Wendung von der Blockpolitik STALINS mit SINOWJEW zum Bündnis mit BUCHARIN und zur Verschärfung der Polemik gegen TROTZKIS Thesen von der Permanenz der Revolution benutzt, um dadurch friedliche Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten sicherzustellen und den internen Aufbau reibungsloser zu gestalten.

Die legale Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Staaten schien während dieser Jahre für einige Zeit gesichert, solange keine neue ökonomische Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft dahin trieb, die Staatsform der parlamentarischen Demokratie nach italienischem Vorbild zu sprengen.

Wann würden sich jedoch unter dem Druck einer neuen ökonomischen Krise abermals die Gegensätze zur Kriegsgefahr steigern? Würde sich nicht in einer neuen ökonomischen Krise den bürgerlichen Staaten der Ausweg des kollektiven Krieges gegen den Staat des Sozialismus als die leichteste Lösung anbieten? Würde nicht das Beispiel des italienischen Faschismus – der 1922 gesiegt hatte, um seit 1926 zum System des faschistischen Einparteien-Staates überzuleiten – in einer neuen Wirtschaftskrise auch andere kapitalistische Staaten dazu treiben, durch faschistische (anstelle der früheren parlamentarisch-rechtsstaatlichen) Organisation der Staatsgewalt das einzige verlässliche Gegengewicht zur Gefahr neuer Interventionskriege gegen die UdSSR, die legalen kommunistischen Massenparteien, auszuschalten?

Ein Vorspiel hatte bereits der Gang der chinesischen Revolution geliefert: Das Bündnis mit der Bourgeoisie und der Kuomintang, dessen Theorie der indische Kommunist M. N. ROY („Die chinesische Revolution“, 1927) dargestellt hat und dessen Praxis BORODIN gesteuert hatte, zerbrach 1927 an den Klassengegensätzen dieses Landes. Die dortigen Kommunisten begannen ihren eigenen Weg. Sowjetunion und Kommunistische Internationale versuchten in widerspruchsvollem Hin und Her an einer außenpolitischen Gefährdung der UdSSR durch diesen Konflikt vorbeizusteuern.

An die in der kapitalistischen Welt verbreitete Illusion der Ewigkeit der Konjunktur konnten die Kommunisten nicht glauben; noch war die Ökonomie der kapitalistischen Welt wegen der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit der UdSSR allein durch die immanenten Entwicklungstendenzen des monopolistischen (bzw. oligopolistischen) Spätkapitalismus, noch nicht durch dessen ökonomisch-soziale Konkurrenz mit einem wirtschaftlich fortgeschrittenen und politisch zur Weltmacht aufgestiegenen sozialistischen Staat um die Gunst der eigenen Arbeiterbevölkerung und der „Entwicklungsländer“ bestimmt, die den Übergang der führenden kapitalistischen Industriestaaten zu einer systematischen Wirtschaftspolitik zwecks Krisenverhütung und Sicherung des Wirtschaftswachstums ermöglicht hat.

Die soziologische Analyse des Faschismus war seit 1923 durch einige Aufsätze AUGUST THALHEIMERS (in der „Internationale“, der theoretischen

schen Zeitschrift der KPD, dann in „Gegen den Strom“, der Zeitschrift der deutschen „rechten“ Kommunisten) in Analogie zu den Untersuchungen von KARL MARX über den Aufstieg des dritten Bonaparte in Frankreich eingeleitet worden und wurde von ihm in gleicher Weise durch Untersuchungen über den Aufstieg und die Chancen der NSDAP in Deutschland fortgesetzt. LEO TROTZKI, der vorher aus der UdSSR ausgewiesen wurde, weil er im Zeichen der Lehre von der „permanenten Revolution“ die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in nur einem Lande für unmöglich hielt, hatte in seinen Arbeiten zur spanischen (1931) und deutschen Frage (1932) dies Problem des Faschismus mit ähnlichen differenzierten Methoden behandelt. Die Furcht vor dieser Entwicklung, die sich in der 1928/29 tatsächlich beginnenden Weltwirtschaftskrise in Mitteleuropa durchgesetzt hat, hat dann aber die offiziellen Theoretiker des Weltkommunismus (im Gegensatz zu diesen „Häretikern“, die bald aus der Kommunistischen Internationale verdrängt wurden) zur undifferenzierten Identifikation aller reaktionären, auf Zurückdrängung der Demokratie und Preisgabe friedlicher außenpolitischer Verhaltensformen der kapitalistischen Staaten gerichteten Bestrebungen unter dem Etikett des Faschismus im Zeichen der These geführt, daß Faschismus die „unmittelbare politische Herrschaft des reaktionärsten und gewalttätigsten Flügels des Monopolkapitals“ sei. Dadurch wurde zunächst (seit dem wirklichen Beginn der Weltwirtschaftskrise) die vereinfachende Übertragung des Terminus Faschismus auf alle autoritären oder außenpolitisch aggressiven Herrschaftssysteme, dann auf alle sich ihnen anpassenden oder sie nur objektiv durch Passivität unterstützenden politischen Gruppierungen, auch im reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung, möglich, selbst wenn sie subjektiv ganz andere Ziele hatten. So erschien den offiziellen Theoretikern des Weltkommunismus die Sozialdemokratie von 1929 bis etwa 1934/35 als „sozialfaschistisch“. In der Praxis wurde damit das Gegenteil dessen, was beabsichtigt war, erreicht: Jede Bündnispolitik des Weltkommunismus mit anderen Parteien, die den Faschismus bekämpfen wollten, wurde unmöglich, der Sieg der NSDAP in Deutschland unvermeidlich.

In der Sowjetunion selbst konnte in dieser Lage, in der baldige militärische Konflikte mit kapitalistischen Großmächten befürchtet werden mußten, größere Industrialisierungshilfe aus dem Ausland nicht mehr erwartet werden. Die Klassendifferenzierung in der Agrarwirtschaft (als zunächst unvermeidbare Konsequenz der individuellen Aneignung des Großgrundbesitzes durch die Bauern in der Oktober-Revolution) wurde zum bedrohlichen Problem. Die Wendung zu einer langfristig geplan-

ten Industrialisierungspolitik auf der Basis sozialistischer Eigentumsverhältnisse war damit zur entscheidenden Frage geworden. Die Auseinandersetzung um die Fünf-Jahres-Pläne und die Umgestaltung der Agrarwirtschaft kombinierte sich nun mit den Fraktionskämpfen um Führung und Struktur der Partei, die die Diktatur ausübte. Das Buch BUCHARINS „Ökonomik der Transformationsperiode“ (1922) hatte das Konzept derjenigen nun „rechten“ Kommunisten theoretisch bestimmt, die in unmittelbarer Anknüpfung an die in der NEP zutage getretenen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten ohne Einsatz unmittelbarer politischer Gewalt die Probleme lösen wollten. Für die „Linke“ innerhalb der KPdSU, die diese Gesetzmäßigkeiten bei sorgfältig abgestimmter Betonung der Erweiterung der Produktivgüter- und Konsumgüter-Produktion und der Belieferung nur der Teile der Agrarwirtschaft, die bereit waren, zur Kollektivierung überzugehen, überwinden wollte, und die vor allem (wegen des Festhaltens an der These TROTZKIS, daß der endgültige Sieg des Sozialismus in nur einem, zudem noch industriell zurückgebliebenen Lande nicht denkbar sei, die internationale Revolution also „permanent“ bleiben müsse) die Lebenshaltung der Industriearbeiter auch um der politischen Wirkung auf die Arbeiter der kapitalistischen Länder während der bevorstehenden bzw. beginnenden Weltwirtschaftskrise willen rasch heben wollte, wurden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen am deutlichsten von PREOBRAŠENSKI („The New Economics“, 1927, englisch 1965) entwickelt. Das Zentrum des Partei-Apparates begann sich dagegen immer eindeutiger um JOSEF STALIN zu sammeln, der in den „Problemen des Leninismus“ (1. Aufl. 1924, noch ohne die These vom „Sozialismus in einem Lande“, 2. Aufl. 1925, die diese These schon enthält) den „Marxismus“ zum „Marxismus-Leninismus“ mit dem Anspruch dogmatischer Unfehlbarkeit seines Systems stilisierte. Dies Zentrum verwandelte in zunehmendem Maße seine Theorie in eine Lehre von der Manipulation der Gesellschaft durch eine Folge von taktischen und pragmatischen Entscheidungen, denen sich die Theorie jeweils anzupassen hatte.

#### **IV. Der Stalinismus**

Das anfängliche Bündnis Stalins mit der nicht-trotzkischen „Linken“ um SINOWJEW und KAMENJEW war bald durch eine Allianz Stalins und der bürokratischen Mittelgruppe mit der „Rechten“ um BUCHARIN und den Gewerkschaftsführer TOMSKIJ ersetzt worden; zur Durchführung der zwei-

ten Agrarrevolution, der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und des forcierten industriellen Aufbaus mußte auch diese Partnerschaft dann zugunsten der Alleinherrschaft STALINS abgestreift werden. Damit war das Ende der Periode gekommen, in der im Weltkommunismus politische und theoretische Debatten noch öffentlich ausgetragen und geführt werden konnten. Die Herrschaft STALINS wurde möglich, weil der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg und Sieg des Faschismus in Mitteleuropa mit der Wendung zu geplanter rascher Industrialisierung unter einseitiger Betonung der Schwerindustrie und der Erzeugung von Produktionsgütern bei extremer Vernachlässigung der Konsumgüter und Zwangskollektivierung der Agrarwirtschaft in der UdSSR zeitlich zusammenfielen. Diese Wendung mußte großen Teilen des Parteiapparates der KPdSU deshalb als notwendig erscheinen, weil der drohende (und dann tatsächlich erfolgte) Sieg der NSDAP in Deutschland und gleichzeitig der Erfolg zunächst des klerikalen Austrofaschismus in Österreich, der die Grundlagen des Austromarxismus liquidierte, die Gefahr eines baldigen (von HITLER stets unverhüllt angekündigten) Angriffskrieges gegen Rußland extrem steigerte, so daß der rasche Aufbau der Grundlagen einer eigenen Rüstungsindustrie zur dringlichsten Tagesaufgabe wurde, aber gleichzeitig die Vernichtung der ökonomischen Basis einer sozialen Klasse, die um ihrer wirtschaftlichen Interessen willen der potentielle Bündnispartner einer antikommunistischen ausländischen Intervention war, nämlich der Kulaken (und teilweise auch der Mittelbauern, die hoffen konnten, zu Kulaken aufzusteigen), zur Bedingung der Verteidigungsfähigkeit zu werden schien. Das Buch des führenden Austromarxisten OTTO BAUER (1882-1838), „Zwischen zwei Weltkriegen“ (1936), die letzte große theoretische Leistung dieser Schule marxistischen Denkens, hat diese Situation und ihren Problemzusammenhang analysiert.

Diese Veränderung in der UdSSR konnte nur durch extreme Verwendung politischer Gewalt erzwungen werden, weil sie den unmittelbaren Tagesinteressen aller sozialen Gruppen des sowjetischen Gebiets zunächst widersprach, so sehr auch manche sozialen Leistungen des Systems, vor allem die Demokratisierung und Verbreiterung des Volksbildungswesens und des Wissenschaftsbetriebes, gleichzeitig aufrechterhalten und weitergetrieben wurden. Die Lebenshaltung der Industriearbeiter wurde nicht erweitert (vorübergehend sogar gemindert), weil die Konsumgüterindustrien anfänglich nur sehr unzulänglich entfaltet wurden und weil infolge der zweiten Agrarrevolution, der Zwangskollektivierung in äußerst gewaltsamer Form, die in der ersten Entwicklungsphase den Gü-

terausstoß der Landwirtschaft erheblich mindern mußte, die Lebensmittelversorgung gefährdet wurde. Zudem strömten in die gewerbliche Erzeugung große Bevölkerungsteile ein, die durch die Zwangskollektivierung ihre frühere Lebensgrundlage verloren hatten, während andere Gruppen durch Zwangsarbeitslager aufgefangen wurden. Die zweite Agrarrevolution brachte aber nicht nur die Kulaken, sondern unvermeidlich die selbständigen Mittelbauern und sogar die Majorität der unteren bäuerlichen Schichten in Opposition. So war der Parteiapparat (und der durch ihn manipulierte Staatsapparat) für seine Maßnahmen nur auf sich selbst angewiesen. Er hatte manipulatorische Techniken schon vorher in den innerparteilichen Auseinandersetzungen gelernt und sie in der Kontrolle der Partei über die noch immer auf das Räte-system formell gestützten Staatsorgane ständig betätigt. Aber er potenzierte nun seine Manipulation, um der Gesellschaft Herr zu bleiben (bzw. zu werden), und steigerte sie zum Terror nicht mehr allein gegen die Minorität der in der Revolution geschlagenen Klassen, sondern vorübergehend gegen die Majorität der Bevölkerung. Deshalb konnte er innerparteiliche Diskussionen nicht mehr dulden und unter keinen Umständen der Öffentlichkeit zugängliche Auseinandersetzungen zulassen, in der theoretische Probleme umstritten waren. Denn die innergesellschaftlichen Gegensätze hätten nach Meinung der Parteiführung in jeder Auseinandersetzung innerhalb der Partei Ausdruck finden können. Der innere Widerspruch der Situation, in der ein auf eine sozialistische Gesellschaft tendierender Staat, der also seinem Anspruch nach soziale Demokratie bezwecken muß, die Majorität des Volkes, nicht nur die gestürzten Oberklassen, terrorisiert und ihre Willensbildung völlig ausschaltet, wäre bei jeder öffentlichen Diskussion in der KPdSU unvermeidlich offenbar geworden. So ist in der kurzen Periode von 1926/27, als in der KPdSU noch politische Widersprüche in ihrer Führung trotz des seit dem 10. Parteitag bestehenden Verbots der (organisatorischen) Fraktionsbildung in publizierter Diskussion mit größter Offenheit ausgetragen werden konnten, bis 1933/34 die innerparteiliche Demokratie in der KPdSU völlig vernichtet worden. Alle Gruppen, die theoretisch selbständig denken wollten, mußten als Häretiker gegenüber dem allein „richtigen“, durch STALIN verkündeten Dogma aus dem Parteileben verschwinden und wurden aus der Partei ausgeschlossen. Befanden sie sich in der UdSSR, so wurden ihre Vertreter entweder in den Jahren zwischen 1936 und 1938 ihrer Freiheit beraubt oder physisch vernichtet. Die LENINSche Doktrin des „demokratischen Zentralismus“ verwandelte sich in die STALINSche Lehre vom „monolithischen Charakter der Partei“. Um die Au-

torität der Führung zu erhalten, die in dieser Zeit der extrem gewaltsamen Manipulierung der Gesellschaft durch die Partei zur *conditio sine qua non* der Existenz des Parteiapparates und aller seiner Teile geworden war, wurde aber die Identität beider Thesen behauptet. Der manipulatorisch-pragmatische Charakter aller Ansätze theoretischen Denkens in dieser Phase der Geschichte der KPdSU trat infolgedessen immer deutlicher zutage.

Die Lehre vom angeblich „monolithischen“ Charakter des Kommunismus wurde gleichzeitig zur dogmatischen Doktrin der gesamten kommunistischen Internationale. Deren große westeuropäische Parteien waren für ihr Bewußtsein während der Weltwirtschaftskrise und der Periode des Aufstiegs des Faschismus auf das Gegenbild des Aufstiegs der Sowjetunion wegen der offensichtlich die Lebenshaltung der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern bedrohenden Lage des Kapitalismus angewiesen, um dem faschistischen Glauben an irrationalen Dezinionismus, der die Mittelschichten in ihrem Bereich zu erobern und die Arbeitslosen zu beeinflussen begann, einen Damm entgegenstellen zu können. So erlagen sie der Versuchung, die alte Lehre von der UdSSR als dem Land der siegreichen Revolution und der Möglichkeiten einer sozialistischen Zukunft, das verteidigt und gegen Gegenrevolution und Intervention geschützt werden müsse, zu einem irrationalen Mythos zu überhöhen, der die (schlechte) Gegenwart der Sowjetunion mit diesen Chancen ihrer Zukunft gleichsetzte. Deshalb leugneten sie – in Übereinstimmung mit der Führung der KPdSU – die Widersprüche der sowjetischen Gegenwart und die Leiden ihrer Bevölkerung. Je wirkungsloser (trotz seit Beginn der Krise wachsender Wählerzahl) ihre politische Praxis im eigenen Lande war, desto stärker institutionalisierte sich dieser Glaube. Deshalb erschien es den westeuropäischen Parteien der Internationale geboten, auch jede Verketzerung von „Abweichlern“ und Häretikern in der KPdSU auf ihre eigene innerparteiliche Situation zu übertragen, nachdem sie einmal begonnen hatten, die unkritische Glorifizierung jeder Situation in UdSSR zu ihrer Sache zu machen. Damit mußte sich eine weitere Veränderung des Denkstils zunächst in der UdSSR, dann auch im gesamten Weltkommunismus, der sich bald als bloße Verlängerung der (jeweiligen) Thesen der KPdSU in ein anderes Land empfand, verbinden. KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS hatten einst in ihren ideologiekritischen Arbeiten die Auffassung vertreten, daß in einer klassengespaltenen Gesellschaft auch alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen (einschließlich der sogenannten Geisteswissenschaften, der Jurisprudenz und der Ökonomie) durch die Vorstellungsweisen der

jeweils miteinander kämpfenden Klassen mitbestimmt sind und in deren Auseinandersetzungen, auch wenn ihre Vertreter das weder wissen noch wollen, Partei ergreifen. Die maximale Annäherung an die objektive Wahrheit war der Wissenschaft nach ihrer Meinung im Zeitalter des industriellen Kapitalismus nur dann möglich, wenn sie bewußt die Sache der Arbeiterklasse (als der zukunftssträchtigen unterdrückten Klasse) zu der ihren machte. LENIN hatte diese These als Lehre von der „Parteilichkeit der Wissenschaft“ formuliert, die bald in die Dogmatik des Weltkommunismus einbezogen wurde. GEORG LUKÁCS (geb. 1885) hatte von dieser Überlegung aus die Auffassung entwickelt, daß die Partei (allerdings keineswegs im organisatorischen Sinne verstanden, sondern als geistige Repräsentanz dieser kämpfenden Arbeiterklasse insgesamt) niemals irren könne, weil ihre Wissenschaft der Objektivität am nächsten komme („Geschichte und Klassenbewußtsein“, 1923). Aber diese Lehre wurde im damaligen Weltkommunismus heftig bestritten. Nun – in dieser extrem manipulatorischen Phase der KPdSU – wurde diese These dahin dogmatisiert, daß die konkrete Organisation der „marxistisch-leninistischen Partei des Stalinschen Zentralkomitees“ immer Recht habe, und daß also die Wissenschaft im Sinne der jeweiligen Entscheidungen dieses Stalinschen Zentralkomitees parteilich zu sein habe. Damit wurden Wissenschaft und marxistisches Denken den wunderlichsten zufälligen Entscheidungen unterworfen und solche Grotesken wie das Monopol der Auffassungen LYSENKOS in der sowjetischen Biologie möglich. Andererseits wurden nach den Vorstellungen dieser Dogmatiker des Weltkommunismus alle kommunistischen Wissenschaftler und alle Theoretiker, die jeweils andere Auffassungen vertraten als die Partei, nicht mehr nur des Irrtums, sondern der bewußten Parteilichkeit gegen die Partei der Wahrheit, die des Weltkommunismus geziehen, zumal, wenn sie – als (angeblich) nur „frühere“ Kommunisten – aus der Geschichte ihrer eigenen Denkprozesse um diese Form der Lehre von der Parteilichkeit der Wissenschaft wissen mußten. So entstand zunächst die Notwendigkeit der „Selbstkritiken“, durch die immer wieder die Anpassung an die jeweils erforderliche, rasch wechselnde taktisch-manipulatorische „Parteilinie“ erzwungen wurde. Mit der Steigerung des Manipulationsgrades durch die Spitzen der KPdSU aber mußte für deren Denken jeder politische oder wissenschaftliche „Abweichler“ als „bewußter Agent“, zunächst allgemein des Klassegegners, dann – nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland, der die akute Gefahr des Krieges (und damit der unmittelbaren Bedrohung des industriellen Aufbaus in der UdSSR) immer näher rückte – des Faschismus erscheinen. Dies um

so mehr, als die manipulierende Parteiführung verständlicherweise dazu neigte, bei ihren jeweiligen Gegnern ähnlichen manipulierenden Umgang mit Politik, Wissenschaft und Wahrheit zu vermuten, wie sie ihn selbst täglich übte. Es ist ebenso schwierig wie müßig zu überprüfen, und es ist soziologisch und historisch unwichtig zu wissen, ob STALIN und seine damaligen Gehilfen die unsinnigen Beschuldigungen, mit denen sie in den „Säuberungsprozessen“ zwischen 1936 und 1938 die physische Vernichtung fast aller Führer und Theoretiker des Weltkommunismus, die dessen frühere Entwicklungsphasen bestimmt haben, begründeten, selbst geglaubt haben oder nicht. Aber die Vergiftung des intellektuellen Klimas innerhalb der Organisationswelt der KPdSU und des Weltkommunismus, die dadurch entstanden war, schloß unvermeidlich für lange Jahre aus, daß größere theoretische Leistungen entstehen konnten. Auch die Darstellung der Geschichte der eigenen Partei mußte dieser Wandlung angepaßt werden, wie sich in den verschiedenen Auflagen der unter STALINS Redaktion entstandenen „Geschichte der KPdSU“ (seit 1938), des während fast zwanzig Jahren für alle Parteien der Internationale verbindlichen Lehrbuchs der Geschichte, der Strategie und Taktik des Weltkommunismus, am eindeutigsten zeigt. – Es gehörte nun zum „theoretischen“ Konzept, historische Tatsachen den jeweiligen taktischen Bedürfnissen entsprechend beliebig zu manipulieren und zu verfälschen, eine Gruppe früherer kommunistischer Führer nach der andern, eine frühere Theorie nach der andern durch Verschweigen aus dem Gedächtnis auszulöschen oder durch bloße Erfindung neuer angeblicher Traditionen zu ersetzen. Der stalinistische „Marxismus-Leninismus“ mußte sich in dieser Lage darauf besinnen, die Anknüpfung an das Denken von MARX, ENGELS und LENIN des methodischen Gehalts fast völlig zu berauben und in eklektisch-zufällige Verwendung von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten umzuwandeln, die an bestimmte Perioden der Scholastik und talmudischer Exegesen erinnert. In der Sowjetunion wurde gleichwohl (dank der Straffheit der Machtausübung, trotz der Negativität der Methoden) der „Sprung nach vorn“ vollzogen, die Umwandlung in ein hochindustrialisiertes Land und nach dem Rückgang in der ersten Periode der Kollektivierung auch eine erhebliche Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft erreicht.

Zur Herstellung der vollen wehrwirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung des weiteren Aufschwungs der industriellen Produktion bedurfte in dieser Lage die UdSSR einer Außenpolitik, die die Gegensätze zwischen den faschistisch und den parlamentarisch organisierten kapitalistischen Staaten systematisch ausnützte. Sie mußte, besonders als

auch in westeuropäischen Ländern faschistische Bewegungen aufstiegen, die nach den deutschen Erfahrungen nur in dieser Weise abgewehrt werden konnten, deshalb nunmehr die Parteien der Kommunistischen Internationale dahin drängen, die Theorie des „Sozialfaschismus“ wieder preiszugeben, die jede Differenzierung zwischen den aller Wahrscheinlichkeit nach auf den baldigen Krieg gegen die UdSSR drängenden faschistischen Regime und den anderen Herrschaftsformen des bürgerlichen Staates ebenso unmöglich gemacht hatte wie gemeinsame Aktionen der Parteien der Kommunistischen und der Sozialistischen Internationale. So wurde die einst von LENIN in seiner Radikalismus-Broschüre entwickelte und dann von allen Theoretikern der zweiten Entwicklungsstufe des Weltkommunismus übernommene Theorie der Einheitsfront-Strategie mit der reformistischen Arbeiterbewegung wieder aufgegriffen, mit der älteren LENINSchen Theorie des Bündnisses mit anderen progressiven Klassen verschmolzen und zur „Volksfront“-Theorie verbunden, die im auch sozialtheoretisch interessanten Referat des Bulgaren G. DIMITROW (1882-1949) auf dem VII. Weltkongreß der Komintern (1935) für alle kommunistischen Parteien verbindlich gemacht wurde. Sie schloß die faktische (noch nicht die theoretische) Preisgabe der Form der Theorie Diktatur des Proletariats ein, die am Anfang der theoretischen Entwicklung des Weltkommunismus gestanden hatte; sie wollte im Ergebnis die kommunistischen Parteien der bürgerlichen Staaten nicht nur zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, sondern vorläufig auch zum Verzicht auf jeden radikalen Versuch einer Nutzung der parlamentarischen Demokratie zur sofortigen Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft verpflichten. Das erschien in dieser Periode des Hochstalinismus, der gleichzeitig in Rußland selbst den Terror und die fast vollständige Unterdrückung der Denkfreiheit innerhalb der Reihen der KPdSU zum Inhalt hatte, deshalb als notwendig, weil die UdSSR eine Periode des Bündnisses mit den kapitalistischen Staaten Westeuropas als Voraussetzung dafür ansah, daß sie während einer längeren Zeit die friedliche, nicht durch einen Angriffskrieg des Dritten Reiches gestörte Entwicklung der eigenen Industrialisierung fortsetzen könne. Deshalb schien ihr die Stärkung, nicht aber die Schwächung der westlichen demokratisch organisierten kapitalistischen Staaten durch innere soziale Kämpfe, so lange nur der Faschismus abgewendet werden könne, als dringlichste nächste Aufgabe, bis sie ihren „Sprung nach vorn“ vollzogen und konsolidiert haben würde. Der innere Widerspruch der Situation spiegelte sich auch in der sogenannten Stalinschen Verfassung der UdSSR (1936):

einerseits formale Umwandlung der Sowjets in parlamentarische Organe und in großem Umfang Gewährung rechtsstaatlicher Verfassungsgarantien, – andererseits Institutionalisierung des Parteimonopols der KPdSU. Übrigens hatten an der Vorbereitung dieser Verfassung noch eine Anzahl der Theoretiker derjenigen Gruppierungen in der KPdSU teilgenommen, die Gegner der Politik STALINS waren und die Normen der durch sie formulierten Verfassung nicht nur als bloßen Schein zur Verhüllung manipulierten Terrors ansehen wollten, sondern durchaus ernst nahmen. In der Realität mußte aber nunmehr der Gegensatz zwischen der sozialen Wirklichkeit und der Verfassung die in großen Teilen die Sprache demokratischen Verfassungsdenkens verwendete, die fast dezisionistische Funktionalisierung eines Denkens, das sich ständig im offenbaren Widerspruch zwischen Wortgebrauch und Inhalt vollzog, noch erheblich steigern. Für den juristischen Ausdruck dieser Situation sind die Schriften von A. WYSCHINSKIJ (1883-1954) (z. B. „Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie“, 1953) charakteristisch. Da aber die anderen Parteien der Kommunistischen Internationale in diesen Jahren der extremen Steigerung der außenpolitischen Gegensätze, der noch nicht überwundenen ökonomischen Krise des Weltkapitalismus und der Bedrohung durch den Faschismus nicht nur auf die reale Macht der UdSSR, sondern auch auf ihre Idealisierung sich weiter angewiesen glaubten, wurden diese Denkformen auch auf sie übertragen. So mußte auch deren theoretische Leistungsfähigkeit fast völlig erlahmen. Diese Grundsituation wurde durch die (wahrscheinlich z. T. unvermeidlichen, und, wäre ihre offene kritische Erörterung im Lager des Weltkommunismus möglich gewesen, auch theoretisch zu rechtfertigenden) abrupten außenpolitischen Wendungen der UdSSR nach dem Münchener Abkommen, das die vorher dogmatisierte Bündnispolitik als illusionär enthüllt hatte, noch verschärft. Denn die KPdSU ideologisierte – früheren Gewohnheit gemäß – jeden taktischen Schritt, anstatt ihn als das, was er war, als pragmatische Antwort auf Widersprüche zu charakterisieren, deren Existenz man sich nicht eingestehen wollte. Der ökonomische Aufschwung der UdSSR vor ihrer Einbeziehung in den Zweiten Weltkrieg durch den im Grunde voraussehbaren und trotz des Paktes mit dem Dritten Reich (wenn auch zu einem viel späteren Zeitpunkt) erwarteten Angriff des Dritten Reiches hätte an sich die Lockerung dieses Systems des Weltkommunismus ermöglicht, weil sich inzwischen infolge der allmählichen Steigerung des Lebensstandards der Massen und der raschen und erheblichen Verbreiterung der Intelligenzschicht der Bevölkerung zeigen ließ, daß die großen Opfer des Beginns der Planpe-

riode sinnvoll gewesen waren. Aber die dogmatische Gleichsetzung taktischer Maßnahmen mit „Theorie“, die in der früheren Periode erfolgt war und deren Selbstwiderlegung verhüllt werden mußte, wenn die Autorität der Führung bewahrt bleiben sollte, schloß die Möglichkeit der Wiederbelebung kritischen theoretischen Denkens zunächst noch aus. Die Rückwendung zur früheren außenpolitischen Koalitions politik mit den demokratisch organisierten kapitalistischen Großmächten in folge des Krieges mit dem Deutschen Reich ließ einerseits die Volksfront politik und deren Theorie in modifizierter Form wieder aufleben. Aber sie übersteigerte andererseits noch einmal durch das (zur Verteidigung der UdSSR erforderliche) innenpolitische Bündnis mit der orthodoxen Kirche die Ideologie des „großen vaterländischen Krieges“ und die als Konzession an die kapitalistischen Großmächte, mit denen die Sowjetunion nun gemeinsam gegen Hitler und seine Partner kämpfte, gedachte Auflösung der Kommunistischen Internationale (1943) die Tendenz zur Unterordnung jeder grundsätzlichen (und also theoretischen) Fragestellung unter taktische Erfordernisse des jeweiligen Tages. Die Entfremdung des Marxismus zu einem auf pragmatischen Zweckrationalismus ohne historische und dialektische Perspektive beengten Denksystems wurde verstärkt. Die Eroberung des europäischen Kontinents durch das Dritte Reich bewirkte gleichzeitig, daß die (nun ausnahmslos illegalen) Parteien der (aufgelösten) Internationale in West- und Südeuropa zu Führern der „résistance“ wurden und mit den lebendigeren Gruppen des (zunächst kleinen, aber rasch wachsenden) Teils der bürgerlichen Intelligenz zusammenwirkten, der sich nicht (wie zunächst in fast allen Ländern die kapitalistischen Klassen) mehr oder minder mit den Regimes der Kollaboration gleichgeschaltet hatte. Sie formten also auch ihrerseits die Theorie der Volksfront zur Theorie der „nationalen Front“ gegen die „Neuordnung Europas“ durch das Dritte Reich um. Diese Situation des selbständigen und selbstbewußten antifaschistischen Kampfes und seiner Theorie der „nationalen Front“ ergab nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zunächst – bis zum Beginn der von den USA begonnenen Gegenoffensive gegen alle sozialistischen Bestrebungen auf dem europäischen Kontinent und in den Entwicklungsländern und bis zur Auslösung des kalten Krieges – vielfache Ansätze zur Auflösung des monolithischen Systems der stalinistischen Ideologie des Weltkommunismus. So konnten auf seinem Boden erneut – wie vor der Herrschaft des Stalinismus – erste Ansätze selbständigen theoretischen Denkens und theoretischer Diskussion entstehen. Das zeigte sich in Frankreich an den damaligen Arbeiten LEFÈBVRES, GARAUDYS und BET-

TELHEIMS, in Jugoslawien an den Publikationen MOSHE PIJADES und auch in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in der politischen Theorie des besonderen „deutschen Weges zum Sozialismus“ bei ACKERMANN und z. T. auch an der Berufung von LEO KOFLER, HANS MAYER und ERNST BLOCH an Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone wie in der Publikation der Arbeiten des deutsch schreibenden Ungarn GEORG LUKÁCS. Allerdings blieb dieser Entwicklungsphase des theoretischen Weltkommunismus unvermeidlich ein Widerspruch immanent: Die UdSSR war in der Endphase des Krieges und der ersten Nachkriegszeit durch die Folgen des bewußt als Mord- und Raubzug geplanten Feldzuges des Dritten Reiches ökonomisch erheblich stärker zurückgeworfen worden als irgendein anderes industrialisiertes Land, weil die deutsche Armee und Waffen-SS einen großen Teil der wirtschaftlich am stärksten entwickelten Teile ihres Staatsgebietes besetzt, ausgeraubt und vor dem Rückzug seiner Armeen völlig zerstört und einen erheblichen Prozentsatz der arbeitsfähigen Bürger des Sowjet-Landes getötet hatte. So war es zunächst das zentrale Ziel der UdSSR, wie einst in der NEP-Periode Investitionshilfen von den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern zu erhalten, die vor allem die Vereinigten Staaten hätten gewähren können; denn die USA hatten dank des Krieges die Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Ihr Produktionsapparat war durch den Krieg nicht nur nicht geschädigt, sondern entwickelt worden. Die UdSSR hoffte verständlicherweise in dieser Lage ihrer Bevölkerung die Leiden einer zweiten Periode der Frühakkumulation durch eine Politik der Zurückhaltung, die derartige Investitionshilfen der USA denkbar erscheinen lassen würde, zu ersparen. Deshalb war sie wie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg zunächst darauf bedacht, außerhalb des Bereiches ihrer unmittelbaren westlichen Nachbarn (also des Okkupationsraums ihrer Armee), den sie ihrem Großmachtseinfluß und militärischen Sicherheitskreis zurechnen zu können glaubte, revolutionär-sozialistische Entwicklungen zu vermeiden, um die kapitalistischen Mächte, die seit 1941 ihre Bündnispartner waren, nicht unnötig zu provozieren. Angesichts ihrer extrem hohen Schäden und Bevölkerungsverluste hoffte sie selbstverständlich vor allem von Deutschland maximale Reparationen zu erhalten. Sie machte ihren Einfluß auf die westeuropäischen kommunistischen Parteien deshalb erneut erfolgreich in dieser Richtung geltend. Frankreich, Italien und Deutschland entstand infolge dieser Situation vorübergehend die merkwürdige Lage, daß die Forderungen der wiedererstandenen reformistischen Arbeiterparteien erheblich radikaler waren als die der Kommunisten. Die Entwicklung der chinesi-

schen kommunistischen Revolution unter dem auch als selbständiger philosophischer Repräsentant des Weltkommunismus bedeutsamen MAO TSE TUNG war der UdSSR zunächst aus diesen Gründen so unbequem, daß sie erst 1949 bereit war, ihre Regierung anzuerkennen. Diese Widersprüchlichkeit der Lage verhinderte, daß sich diese erneute Belebung kommunistischen theoretischen Denkens nach 1941 vor dem Beginn des kalten Krieges wirklich stabilisieren konnte. Immerhin zeigte sich die Lockerung des starren Dogmatismus vorübergehend sogar in der UdSSR; STALIN selbst betonte deren Notwendigkeit in seiner polemischen Schrift gegen den sowjetischen Sprachphilosophen M. J. MARR und seine Schule („Der Marxismus und die Frage der Sprachwissenschaft“, 1950.).

Der Beginn des kalten Krieges widerlegte die damaligen außenpolitischen Hoffnungen der UdSSR in ähnlicher Weise, wie die Politik der bürgerlich-demokratisch organisierten großen Industriestaaten während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) und das Münchener Abkommen 1938 ihre Illusionen über die Möglichkeit langfristiger Vertagung der Klassegegensätze und des Grundwiderspruches zwischen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zerstört hatten. Die Sowjetunion, nun zu ihrer ökonomischen Rekonstruktion allein auf ihre eigene Kraft, auf die Hilfsleistungen der im Machtbereich der sowjetischen Armee entstandenen osteuropäischen sozialistischen Staaten und auf die Reparationslieferungen der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland angewiesen, zog daher auch innenpolitisch die Zügel wieder straff und kehrte zum monolithischen Prinzip in vollem Maße zurück. Im Machtbereich ihrer Armee wurden die kommunistischen (bzw. Vereinigten Arbeiter-) Parteien erneut voll diesem Prinzip angepaßt, teilweise mit Mitteln, die dem Terrorismus der Periode der großen Prozesse gegen die Opposition in der UdSSR entsprachen. Die großen kommunistischen Parteien des Westens wurden auf Druck der USA, weil sie gegen den kalten Krieg und die restaurative Politik der Vereinigten Staaten Stellung nahmen, aus der Kommunikation mit anderen politischen Gruppen ihrer Länder ausgeschlossen. Sie kehrten in gleicher Weise zur stalinistischen Position der Zeit vor 1941 zurück und duldeten deshalb nicht mehr irgendwelche Ansätze zu selbständiger geistiger Entwicklung in den eigenen Reihen. Die Theorie der „nationalen Front“ wurde in den politisch wegen der Anwesenheit sowjetischer Truppen oder doch wegen ihrer Befreiung durch die Rote Armee von der UdSSR abhängigen Ländern Osteuropas abermals in ein bloßes Mittel der Manipulation verwandelt. Zwar scherte nun das einzige europäische Land, in dem vor Ende des

Krieges eine Résistance-Bewegung unter kommunistischer Führung ohne wesentliche Hilfe der Roten Armee gesiegt hatte, Jugoslawien, aus dem sowjetischen Machtbereich aus. Es begann, seine weitere Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Entfaltung eines eigenen Weges zum Sozialismus durch Betonung der Arbeiterselbstverwaltung zu vollziehen. Den griechischen Kommunisten, für die eine parallele Entwicklung denkbar gewesen wäre, wurde dieser Weg dadurch gesperrt, daß die britische Armee sie nach der Befreiung des Landes durch EAM und ELAS gewaltsam niedergeworfen hatte, um die Monarchie und die Machtstellung privilegierter Kasten wiederherzustellen. Aber seit Bildung (des allerdings nach einigen Jahren wieder aufgelösten) Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) hatte sich das System des „monolithischen“ (und daher der Sache nach dezisionistisch-manipulativen) Weltkommunismus zunächst in der KPdSU, dann in den infolge des Krieges sozialistisch gewordenen Ländern und in den westeuropäischen kommunistischen Parteien wiederhergestellt. Damit war die Möglichkeit selbständiger geistiger Arbeit an der Weiterentwicklung der Theorie wieder entfallen. Ein großer Teil derjenigen Autoren, die sich darum bemüht hatten, wurde aus den kommunistischen Parteien verdrängt.

Dies System mußte jedoch erneut fragwürdig werden, nachdem die industriellen Verluste der Sowjetmacht durch den Krieg und dessen Folgen wieder ausgeglichen waren, die produktionsfördernden Konsequenzen der während des Krieges in großem Umfang vorgenommenen Produktionsverlagerungen in den asiatischen Teil der UdSSR sich entfalten konnten und die Wachstumsgeschwindigkeit des Sozialproduktes in der nun zur hochindustriellen Weltmacht aufgestiegenen UdSSR diejenige der USA, nun der einzigen Weltmacht des Lagers der kapitalistisch organisierten Staaten, deutlich überholte. Nach Meinung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft hatte sich dabei gezeigt, daß trotz großer Planungsfehler das sozialistische System mit geringeren Reibungsverlusten arbeite als die monopolkapitalistische „planification“, die immer noch durch das Motiv der Profitmaximierung gesteuert und gehemmt werde. Die Steigerung des Anteils der Bildungsschichten an der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion und des Bildungsniveaus sowohl der industriell wie der agrarisch tätigen Bevölkerungsgruppen mußte mit dem Prinzip allseitiger Manipulation durch die Führung der „monolithischen Partei“, der diskussionslosen Hinnahme ihres pragmatischen Dezisionismus ohne Erörterung seiner strategischen Grundlagen, der Theorie ihrer gesellschaftlichen Entscheidungen, in wachsendem Maße unvereinbar werden, zumal sich gleichzeitig die Divergenz der

konkreten Aufgabenstellungen der verschiedenen Teile des Weltkommunismus außerhalb der Sowjetunion geltend zu machen begann.

## **V. Der Polyzentrismus und die Rückkehr zu öffentlich diskutiertem theoretischem Denken im Weltkommunismus**

Die Entwicklung des heute noch nicht abgeschlossenen Prozesses der Auflösung und Korrektur des Stalinismus ist bald nach dem Tode STALINS (1953), des Repräsentanten der monolithischen Entwicklungsstufe, offenkundig geworden. Sie wurde seit den Referaten der Historikerin FURZEWA und CHRUSTSCHOWS auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) und dem durch Massenaktionen des Volkes in Polen und Ungarn in Gang gebrachten Regimewechsel in einem Teil der europäischen sozialistischen Länder auch denjenigen wissenschaftlichen Beobachtern in den westlichen Staaten erkennbar, die bis dahin geglaubt hatten, den „monolithischen“ Weltkommunismus unter dem Vorzeichen der Theorie des „Totalitarismus“ mit den offenkundig den kapitalistischen Gesellschaftssystemen immanenten Tendenzen zum Faschismus identifizieren zu können (wie z. B. HANNAH ARENDT, C. J. FRIEDRICH und S. M. LIPSET).

Seit die Divergenz zwischen zwei sozialistischen Großmächten, der UdSSR und China, immer stärker hervortritt, und das (vorübergehende) gemeinsame Monopol der oligopolkapitalistischen USA und der Sowjetunion auf die Weltmachtrolle durch die trotz gelegentlicher Rückschläge überraschend rasche Industrialisierung Chinas erschüttert zu werden beginnt, haben sich diese Probleme noch weiter kompliziert. Im zur Zeit der Eroberung der politischen Macht durch die Kommunisten industriell fast unentwickelten und in der agrarischen Produktion vor-kapitalistischen China hat sich die sozialistische „ursprüngliche Akkumulation“ und die Kollektivierung der agrarischen Produktion insofern unter anderen (und objektiv günstigeren) Bedingungen als in der UdSSR zu vollziehen begonnen, als die Majorität seiner Bauernbevölkerung vor dem Sieg der Kommunisten unter noch wesentlich primitiveren Lebensbedingungen als die Bauern des zaristischen Rußlands existierte und das industrielle Proletariat noch relativ schwach und schlecht bezahlt war. Das Lebenshaltungsniveau der unterprivilegierten Klassen wurde deshalb durch die revolutionäre Veränderung auch nicht vorübergehend reduziert. Die kommunistische Revolution stellte die administrative Einheit Chinas, die vor der Revolution von 1911 schon lange erschüttert

und durch die Revolution endgültig zerbrochen war, zum erstenmal wieder her. Der Sieg der Kommunistischen Partei Chinas beendete die Periode seiner Unterwerfung unter die imperialistischen Großmächte und zuletzt unter die japanische Okkupation. Anstelle der Widersprüche, die den Stalinismus in der UdSSR entstehen ließen, traten deshalb andere (aber ohne starken Rückfall des Lebenshaltungsniveaus der Massen lösbare) Probleme, die sich in der politischen Philosophie MAO TSE TUNGS (geb. 1893; „Über den Widerspruch“, 1937; „Dialektischer Materialismus“, 1940; „Zur Frage der richtigen Lösung von Widersprüchen im Volk“, 1957) ausdrücken. Mao war in den langwierigen Kämpfen der Roten Armee gegen das Regime TSIANG KAI SHEKs und der Kuomintang seit 1927 zum Führer der chinesischen Kommunisten aufgestiegen.

Die Manipulation der Darstellung der Geschichte der eigenen Bewegung nach taktischen Tagesbedürfnissen tritt seitdem in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern langsam zurück. In der ostdeutschen kommunistischen Literatur läßt z. B. ein Vergleich zwischen WALTER ULBRICHTS „Kurzem Lehrgang der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1958) mit der achtbändigen, von einem Autorenkollektiv des Berliner Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der SED verfaßten „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1965 ff.) diese Wendung zur objektiven geschichtlichen Darstellung und Analyse (wenn auch nur der Tendenz nach, noch nicht konsequent) erkennen. „Parteilichkeit“ der Wissenschaft und Streben nach möglicher objektiver Ermittlung der Wahrheit gelten also nicht mehr als Gegensatz.

Auch in den Wirtschaftswissenschaften der Sowjetunion, in der vor allem J. LIBERMANN und TRAPEZNIKOW der Diskussion ökonomischer Probleme gegenüber den früheren Auffassungen z. B. von L. A. LEONTJEW („Lehrbuch der politischen Ökonomie“, 1954) neue Antriebe gegeben haben, sowie der Tschechoslowakei, Ungarns und der DDR in der die Diskussion zwischen FRITZ BEHRENS (geb. 1909, „Zur Theorie der Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit“, 1963) und einer Gruppe jüngerer Ökonomen um OTTO REINHOLD und HORST HEMBERGER („Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus“, 1965) nach dem Übergang zum Neuen Ökonomischen System weitergeht, wird der taktische Funktionalismus der vorherigen Periode durch mehr oder minder offen ausgetragene wissenschaftliche Auseinandersetzungen ersetzt. Hinsichtlich der sozialistischen Länder geht es dabei um die Abstimmung zwischen Produktionsgüter- und Konsumgütererzeugung bei möglichst kostensparender Erweiterung der Konsumgüterproduktion zwecks Anpassung an die Notwendigkeiten einer entwickel-

ten Industriegesellschaft, die die Zwänge der ursprünglichen Akkumulation nicht mehr kennt, und um die Verbesserung der Distributionsmethoden. Weil aber weder der Grad der Produktivität noch die Umformung des Menschen bisher erreicht ist, die für den Übergang zum Kommunismus erforderlich wären, ist das Zentralproblem die rationale Verwertung der Motivationen der individuellen Leistungsanreize. Die Verwendung der Form nach marktwirtschaftlicher Mittel innerhalb der sozialistischen Planung bei Dezentralisierung der Plan-Durchführung zu den Einzelunternehmen hin verbindet sich dabei notwendig mit der Frage nach der Demokratisierung der Gesellschaft. Die frühere Fiktion, der Sozialismus habe bereits die Produktivität der industriekapitalistischen Länder überholt, so daß man unmittelbar vor dem Übergang in eine kommunistische Gesellschaft stehe, die eine allseitige Bedürfnisbefriedigung ohne Anknüpfung an das Leistungsprinzip gestatte, ist in allen sozialistischen Ländern entfallen. Dadurch ist das neue Problem entstanden, wieweit ein in sich geschlossenes System der sozialen Gesetzlichkeiten der sozialistischen Industriegesellschaft als der Vorstufe der kommunistischen Gesellschaft entwickelt werden könne. Von hier aus wird die Rezeption kybernetischer Vorstellungen verständlich, die diese Gesellschaft als ein Regelungssystem begreifen und die sowohl in der sowjetischen Wissenschaft, z. B. bei J. A. POLETAJEW („Kybernetik“, 1960) als auch von Theoretikern der DDR wie G. KLAUS („Kybernetik und Gesellschaft“, 1964) vertreten werden. Daß dabei die Gefahr einer neuen mechanistischen Auflösung der dialektischen Methode entsteht, liegt auf den Hand. Die Erfahrungen der Wirtschaftsreform Jugoslawiens, dessen dezentralisiertes Planungssystem seit der Wiederherstellung freundschaftlichen politischer Beziehungen zwischen diesem Lande und der UdSSR, zwischen der KPdSU und dem „Bund der Kommunisten“ TITOS auch in den anderen kommunistisch geführten Staaten (mit Ausnahme Chinas und Albaniens) nicht mehr als Rückkehr zum Kapitalismus gilt, werden nunmehr auch in den kommunistischen Parteien Westeuropas und in den dem sowjetischen System angegliederten sozialistischen Staaten zwar kritisiert, aber wieder ernstlich erörtert.

Die Veränderung in der politisch-sozialen Struktur der Sowjetgesellschaft, die sich in dieser Erweiterung der theoretischen Diskussion spiegelt, hatte unvermeidlich auch die Wiederbelebung rechtswissenschaftlicher Fragestellungen zur Folge, wie sie in der Entwicklung einer Theorie der sozialistischen Gesetzlichkeit in der UdSSR und auch in der DDR zum Ausdruck kommt, deren kontroverser Charakter z. B. durch den Bericht über eine Konferenz der Staatsrechtslehrer der DDR über „De-

mokratie und Grundrechte“ (1967) eindrucksvoll belegt wird. Die soziologische und geisteswissenschaftliche Diskussion gerät ebenso wieder in Fluß: Der französische kommunistische Philosoph ROGER GARAUDY hat die Hegel-Rezeption wieder aufgenommen („Dieu est mort“, 1962). Er führt seine Auseinandersetzung mit der katholischen Soziallehre im Rahmen der Tagungen der Paulus-Gesellschaft erstaunlich versöhnlich („Christentum und Marxismus heute“, 1967). Der polnische Philosoph ADAM SCHAFF hat die undifferenzierten früheren Formen der Polemik gegen den Existentialismus verlassen und in seinem Buch „Marxismus und das menschliche Individuum“ (1965) begonnen, die Thesen des nichtkommunistischen, in Mexiko lebenden Marxisten ERICH FROMM zu übernehmen.

Auch die sowjetische Philosophie beginnt ihre frühere dogmatische Starre wieder zu lockern (G. J. OISERMAN, „Die Entstehung der marxistischen Philosophie“, 1964; N. J. LAPIN, „Der junge Marx“, 1965). Zum Problemkreis der politischen Theorie hat unter führender Beteiligung der KPdSU eine Erklärung von 12 kommunistischen Parteien (1957) und von 81 kommunistischen Parteien (1960) das Ende der Vorstellung gebracht, daß der Übergang zur Herrschaft des Proletariats und damit der Weg zur sozialistischen Gesellschaft sich in allen Ländern in prinzipiell gleicher Weise gestalten müsse wie einst in Rußland, also stets die Form des gewaltsamen Umsturzes annehmen müsse. Diese Thesen gehen davon aus, daß der Aufstieg eines Systems sozialistischer Staaten unter Führung der UdSSR als einer Weltmacht die Bedingungen dafür geschaffen habe, daß, wenn nur die friedliche Koexistenz des sozialistischen und kapitalistischen Lagers erhalten bleibe, im Schutze ihrer sozialökonomisch ausgetragenen Leistungskonkurrenz der Übergang zum Sozialismus in den parlamentarisch organisierten kapitalistischen Staaten sich legal auf dem Wege von Strukturreformen vollziehen könne, die auf Grund demokratischer Mehrheitsbildung durchgesetzt werden. Die Vorbedingung dazu sei allerdings, daß diese kapitalistischen Staaten durch die reale Macht der Parteien und Verbände der Arbeiterklasse daran gehindert werden können, sich in autoritäre oder faschistische Diktaturen umzuwandeln. Das sogenannte „Politische Testament“ (1964) des in der Sowjetunion gestorbenen Führers der Kommunistischen Partei Italiens, PALMIRO TOGLIATTI (1893-1964), hat diese ideologische Wendung dahin formuliert, daß der Weltkommunismus polyzentrisch werden und also den Führungsanspruch der UdSSR (und der KPdSU) zwar nicht beseitigen, aber begrenzen müsse. Diese Auflösung der Ideologie des „monolithischen“ Weltkommunismus und die Rückkehr zur Wieder-

aufnahme öffentlicher theoretischer Diskussion verläuft selbstverständlich – wie jede geschichtliche Entwicklung – weder gradlinig noch ohne Rückschläge und Widersprüche. Sie war zunächst nicht Ursache, sondern Folge einer politisch-sozialen Veränderung einerseits in den Beziehungen der großen Wirtschaftssysteme und der Staaten zueinander, andererseits in der ökonomisch-sozialen Entwicklung derjenigen Staaten, die das kapitalistische Wirtschaftssystem abgestreift haben. Als eine die Realität erfassende kritische Theorie der Entwicklung von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft könnte eine in dieser Weise erneuerte Doktrin allerdings die Hilfe dazu bieten, diese Realität selbst zu verändern, den Ausbau von Produktivität, Rechtssicherheit und kulturellem Fortschritt in den sozialistischen Staaten mit dem Aufbau des Selbstbewußtseins und der Macht der unterdrückten Klassen in den anderen Staaten zu koordinieren. Der ideologische Prozeß bleibt stets vom realen gesellschaftlichen Prozeß abhängig, wie er andererseits auf ihn zurückwirkt. Er ist unvermeidlich immer wieder erheblichen Rückschlägen ausgesetzt, in starkem Maße vor allem dann, wenn Verschärfungen der außenpolitischen Situation das Bewußtsein der Bedrohung durch äußere Feinde in einem der sozialistischen Länder erhöhen und dessen politischen Führern und Ideologen den Rückgriff auf die frühere militante Selbstisolierung im Zeichen der alten ideologischen Verhärtungen nahe legen. Das erklärt, weshalb in einem Zeitpunkt, zu dem z. B. der Diskussionsrahmen in Polen bereits recht breit war, in der DDR, die sich wegen der Nicht-Anerkennung durch die Bundesrepublik und den Westblock besonders unsicher fühlen muß, noch marxistische Gelehrte vom Range ERNST BLOCHS oder HANS MAYERS genötigt schienen, das Land zu verlassen, weil dort diese Umformung des stalinistischen Dogmatismus zu frei diskutierbarer kommunistischer Theorie am langsamsten verlaufen und längere Zeit noch recht beschränkt geblieben ist. Aber auch in anderen sozialistischen Ländern, auch in der UdSSR als der Hegemonialmacht des Systems, haben sich immer wieder Rückfälle ergeben. Vorläufig ist in vielen Fragen die Revision des Stalinismus noch immer in großem Maße qualitativ auf dem Boden stalinistischer Denkformen und innerhalb ihrer Schranken verblieben, wie GEORG LUKÁCS (vgl. „Gespräche mit Lukács“, 1967) mit Recht festgestellt hat.

Der Eintritt des von FIDEL CASTRO geleiteten revolutionären Cuba, dessen politische Theorie von CHE GUEVARA entwickelt wurde, und das nur durch das Eingreifen der UdSSR vor der gewaltsamen Intervention der USA geschützt werden konnte, in das sozialistische Lager und vor

allem die Sonderentwicklung des chinesischen Kommunismus unter MAO TSE TUNG und des von HO TSCHI MINH geleiteten vietnamesischen Kommunismus haben den Dezentralisierungsprozeß im Weltkommunismus jedoch weiter beschleunigt. Diese Veränderungen machen neue theoretische Auseinandersetzungen unvermeidlich und bieten dem Polyzentrismus auch machtsociologisch gesehen eine Basis. So wird zur entscheidenden Frage, ob und wie weit es dem Weltkommunismus gelingt, nach der Auflösung des für seine theoretische Fortentwicklung unergiebigem monolithischen Systems STALINS mit dessen eklektisch wendbarem Dogmatismus zu einer neuen Form kritisch-theoretischer Diskussion – bei Wahrung der Einheit der Methode – zu gelangen, deren Ausgangslage sich außenpolitisch aus dem neuen Gleichgewicht zwischen dem Weltkapitalismus und der Weltwirtschaft der sozialistischen Staaten und dem Kampf der sogenannten Entwicklungsländer um ihre sozialökonomische Emanzipation, innenpolitisch aus der Veränderung der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft auf der einen Seite, der werdenden sozialistischen Gesellschaft auf der anderen Seite ergibt. Das würde voraussetzen, daß der Weltkommunismus wieder lernt, auch die selbständigen wissenschaftlichen Leistungen in sein Denken einzubeziehen, die nach dem Siege des Stalinismus auf der Grundlage marxistischer Methoden außerhalb seiner Organisationssysteme erarbeitet worden sind.

## **VI. Theoretische Einzelarbeit auf der Grundlage des Marxismus**

Seit der Stalinisierung des Weltkommunismus hatte sich die theoretische Arbeit auf der Grundlage des Marxismus weitgehend von den kommunistischen Parteien und ihrer Entwicklung getrennt. Die meisten kommunistischen Gelehrten, die durch kritische geistige Arbeit zu neuen Ergebnissen kamen, wurden früher oder später aus den Parteien des Weltkommunismus ausgeschlossen oder hatten doch jeden Einfluß auf diese Parteien eingebüßt. Andererseits erlosch auch im Rahmen der reformistischen Arbeiterbewegung die Anwendung der marxistischen Theorien und die Diskussion über sie fast völlig, seit der Austromarxismus nach der Eroberung Österreichs durch den Faschismus seine Bedeutung verlor. Die wissenschaftliche Weiterarbeit auf der Basis des Marxismus hat dadurch weitgehend den Kontakt mit den großen Organisationen der Arbeiterbewegung verloren, der bis zum Ende der ers-

ten Entwicklungsphase des Weltkommunismus ihre Lebensgrundlage war.

Sie hat gleichwohl auch nach dieser Isolierung eine umfangreiche Reihe von Ergebnissen und Anregungen hervorgebracht. Andererseits hat das Denken von MARX und ENGELS, allerdings ohne Übertragung seiner Theorie und Praxis vermittelnden methodischen Konzepts, vielfache Einflüsse auf die Entwicklung der „bürgerlichen“ Wissenschaft unseres Jahrhunderts (vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften) ausgeübt. Der Beginn der revolutionären Periode am Ende des ersten Weltkrieges bewirkte bei einer Reihe von Marxisten der damals jüngeren Generation eine Rückwendung von der mehr oder minder deterministischen und mechanistischen Interpretation des Marxismus der zweiten Internationale, wie sie auch für die Kantianer-Marxisten MAX ADLER (1873-1937) („Marx als Denker“, 1908; „Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung“, 1930) und KARL VORLÄNDER (1860-1928) („Kant und Marx“, 1911) charakteristisch blieb und in EDUARD BERNSTEINS Trennung zwischen sozialtheoretischen Evolutionismus und Ethik grundsätzlich nicht in Frage gestellt wurde, zur dialektischen Methode, wie sie von HEGEL entwickelt und von KARL MARX nach dessen Anspruch materialistisch „auf die Füße gestellt“ worden war. Sie wurde in Italien in einer Reihe von Aufsätzen und in den Heften und den Briefen aus dem Gefängnis von ANTONIO GRAMSCI (1889-1937) vertreten, der dabei zunächst vom liberalen Hegelianismus seines Lehrers BENEDETTE CROCE (1866-1952) beeinflusst war, aber an die Vorarbeiten ANTONIO LABRIOLAS (1843-1904; „Il materialismo storico“, 1886; „Discorrendo di socialismo e di filosofia“, 1898) anknüpfen konnte. In Deutschland hat der Jurist KARL KORSCH (1886-1961) zunächst in Zeitschriftenaufsätzen die Theorie der Räte entwickelt (1919), um dann nach vorübergehender Identifikation mit den Thesen der russischen Arbeiter-Opposition die Vernachlässigung dialektischen Denkens im Kautskyanismus und in der offiziellen Philosophie des sowjetischen Kommunismus zum Gegenstand seiner Untersuchungen zu machen und eine dialektische Neuinterpretation des Marxismus einzuleiten („Marxismus und Philosophie“, 1. Aufl. 1923, 2. Aufl. 1930, „Karl Marx“, 1938). Ursprünglich von der neukantianischen und von der phänomenologischen Richtung der zeitgenössischen deutschen Philosophie und von der Soziologie MAX WEBERS beeinflusst, hat ERNST BLOCH (geb. 1885) seit dem „Geist der Utopie“ (1918) und seiner „Thomas Münzer“-Biographie (1922) die Theorie der „realen Utopie“ im Anschluß an den Marxismus entwickelt, historisch begründet und systematisiert („Naturrecht und menschliche Würde“, 1960,

„Das Prinzip Hoffnung“, 1959 ff.). Der Ungar GEORG LUKÁCS (geb. 1885), von gleichen Ausgangspunkten bestimmt, hat zunächst der marxistischen Geschichtsphilosophie und politischen Theorie mit stärkerer Betonung der Methode der Dialektik neue Antriebe gegeben („Geschichte und Klassenbewußtsein“, 1923), um dann in zahlreichen literaturgeschichtlichen und literatursoziologischen Einzelarbeiten vor allem zur deutschen und französischen Literaturgeschichte („Goethe und seine Zeit“, 1947; „Essays über den Realismus“, 1948; „Thomas Mann“, 1949; „Balzac“, 1952) und einer umfassenden Analyse der neueren deutschen Geistesgeschichte („Der junge Hegel“, 1954, „Die Zerstörung der Vernunft“, 1954) die Grundlagen für seine literaturwissenschaftlichen und philosophischen Altersarbeiten („Ästhetik“, 1963) zu legen. Er arbeitet zur Zeit an einer marxistischen „Ontologie“, deren Grundzüge er in Diskussionen mit anderen marxistischen Theoretikern bereits der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat („Gespräche mit Lukács“, 1967). Sein Ruf als bedeutendster marxistischer Philosoph der Gegenwart, der fast alle Aspekte marxistischen Denkens, abgesehen von der Ökonomie im engeren Sinne, wieder in einer Person vereint, ist außerhalb der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien fast unbestritten. Die Franzosen HENRI LEFÈBVRE (geb. 1901; „Logique dialectique“, 1947; „Karl Marx“, 1948; „Probleme des Marxismus heute“, 1958; „La proclamation de la Commune“, 1965) und LOUIS ALTHUSSER („La tâche historique de la philosophie marxiste“, 1967) beziehen ebenso wie der in den USA lehrende HERBERT MARCUSE („Soviet Marxism“, 1957; „The One-dimensional man“, 1964), der zunächst durch die Publikation der Pariser philosophisch-ökonomischen Manuskripte von KARL MARX in der MEGA zur Annäherung an den Marxismus angeregt wurde (Aufsätze in „Die Gesellschaft“, 1932), bei aller Polemik gegen den Existentialismus dessen Fragestellungen in die marxistische Sozialphilosophie ein, wobei MARCUSE sich stärker als LEFÈBVRE und ALTHUSSER von MARX und ENGELS nicht nur inhaltlich, sondern auch methodologisch entfernt. Der französische Schriftsteller und Philosoph JEAN-PAUL SARTRE (geb. 1905) wurde durch seine Aktivität in der Résistance zur Einbeziehung marxistischen Denkens in seinen ursprünglich nur existentialistischen Ansatz geführt („Existentialismus und Marxismus“, deutsch 1964; „Kritik der dialektischen Vernunft“, deutsch 1967). Der frühere Austromarxist LEO KOFLER (geb. 1907) hat in „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“ (unter dem Pseudonym Stanislaw Warynski, 1944) die marxistisch-dialektische Soziologie neu formuliert, für sie in „Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus“ (1960) neue Aspekte gewonnen

und sie in „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ (1. Aufl. 1948, 3. Aufl. 1966) historisch begründet. Der in Paris lehrende Rumäne LUCIEN GOLDMANN (geb. 1913) („Racine“, 1956; „Dialektische Untersuchungen“, 1966), der Österreicher ERNST FISCHER (geb. 1899; „Zeitgeist und Literatur“, 1964) und der Deutsche HANS MAYER (geb. 1907; „Georg Büchner“, 1948; „Zur deutschen Literatur der Zeit“, 1967) haben die Fruchtbarkeit marxistischer Denkansätze für literatursoziologische und literaturgeschichtliche Analysen erwiesen. In Mexiko führt ERICH FROMM (geb. 1902) („Socialist Humanism“, 1965) seine Arbeiten fort, die sich bemühen, tiefenpsychologische Forschung und Marxismus zusammenzuführen. Die marxistische Rechtsphilosophie hat durch W. A. BEYER (geb. 1902; „Rechtsphilosophische Besinnung, eine Warnung vor der ewigen Wiederkehr des Naturrechts“, 1947; „Staatsphilosophie“, 1959) eine neue Wendung erhalten.

Die Anwendung marxistischer Methoden auf die Darstellung der Geschichte hat seit den zahlreichen Arbeiten FRANZ MEHRINGS (1846-1919) vor dem Ende des ersten Weltkrieges („Lessing-Legende“, 1898; „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 4. Aufl. 1913; „Karl Marx“, 1918) eine große Anzahl von Einzelarbeiten erbracht, von denen nur wenige als Beispiel genannt werden können. LEO TROTZKI (1879-1940) analysierte die beiden russischen Revolutionen (1905 [1911], 1917, „Februar“ und „Oktober“, [1930]). Der deutsche frühere „ultralinke“ Kommunist ARTHUR ROSENBERG (1889-1943) („Entstehung der Weimarer Republik“, 1928; „Geschichte des Bolschewismus“, 2. Aufl. 1966; „Geschichte der Weimarer Republik“, 1934; „Der Faschismus als Massenbewegung“ 1935; „Demokratie und Sozialismus“, 1938) hat die Probleme der Weimarer Republik nach dem ersten Weltkrieg und der Trennung zwischen bürgerlichem Liberalismus, kleinbürgerlicher und proletarischer Demokratie untersucht, der Amerikaner G. W. F. HALLGARTEN (geb. 1902) die Entstehung der imperialistischen Politik der Deutschen Reiches in „Imperialismus vor 1914“ (1950) dargestellt und begonnen, die „Geschichte des Wettrüstens“ (1967) zu erforschen. Zur Analyse der Geschichte der Sowjetunion bot ISAAC DEUTSCHER (1907-1967) mit seinen großen Biographien „Stalin“ (1949), „Trotzki“ (3 Bände, 1954-1961) und mit seiner Vorlesungsreihe „Die unvollendete Revolution“ (1967) wesentliche Grundlagen. Die Vorarbeiten zu einer umfangreichen LENIN-Biographie sind fast abgeschlossen; ihre posthume Publikation ist zu erhoffen. Der Franzose AUGUSTE CORNU (geb. 1888) hat begonnen, in „Karl Marx und Friedrich Engels, Leben und Werk“ (bisher 2 Bände, 1954 und 1962) deren geistige Entwicklung in ihrem sozialgeschichtlichen Zusammen-

hang darzustellen. Der englische Sozialhistoriker ERIC H. HOBSBAWM (geb. 1917) analysierte in „Primitive Rebels“ (1959) und „The Age of Revolution“ (1962) die Klassenkämpfe der Periode der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft, in „Labour's Turning Point“ (1959) und „Labouring Man“ (1964) die Sozialgeschichte der englischen Arbeiterbewegung. Er hat in „Industrie und Empire, Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750“ (2 Bde. 1969) Aufstieg und Niedergang des Empire überprüft.

Auch in der ökonomischen Theorie hat der westeuropäische und amerikanische Marxismus nach dem Verlust seines unmittelbaren Kontaktes mit der organisierten Arbeiterbewegung, die einst seiner Arbeit die institutionelle Grundlage bot, in der Periode der pragmatischen Abwendung der reformistischen Arbeiterparteien von jeder Theorie und des stalinistischen monolithischen Erstarrens der Kommunistischen Internationale (und später der am Kominform beteiligten Parteien) eine große Reihe selbständiger Arbeiten geliefert, die bei aller Divergenz der Problemstellungen und auch der Methoden eine Wiederanknüpfung an die Tradition des Marxismus und die Verwertung theoretischer Erkenntnis in der Praxis der sozialen Transformation möglich erscheinen läßt.

Der Tradition HENRYK GROSSMANN'S (1881-1950; „Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems“, 1929) ist trotz ihrer partiellen Annäherung an die früher von FRITZ STERNBERG vertretene Form der Unterkonsumtionstheorie NATALIE MOSZKOWSKA (geb. 1906) verpflichtet („Das Marxsche System“, 1929; „Zur Kritik moderner Krisentheorien“, 1935; „Zur Dynamik des Spätkapitalismus“, 1943). Nach ihrer Meinung bewirkt der Widerspruch zwischen beschränkter Kaufkraft der Massen und Steigerung der Produktionskapazitäten im Spätkapitalismus, in dem die Mechanismen des liberalen Konkurrenzkapitalismus versagen, nicht mehr nur dessen Krisen, sondern auch eine permanente Stagnationstendenz, die nur durch „Rüstungskapitalismus“ (als von der Massenkauftkraft unabhängige Produktion) überwunden werden kann. Der polnische Nationalökonom OSCAR LANGE (geb. 1904), dessen wichtigste Schriften während seiner Emigrationsperiode in den Vereinigten Staaten entstanden oder konzipiert sind („On the Economic Theory of Socialism“, 1938; „The Creative Developments of Marxist Theory“, 1951; „Problems of Political Economy“, 1953), hat durch seine Arbeiten über die Verbindung sozialistischer Planwirtschaft mit Elementen der Marktpreisbildung erhebliche Vorarbeit für die neueren Wendungen der ökonomischen Politik der sozialistischen Länder geleistet; der (in Amerika verbliebene) polnische Marxist ROMAN ROSDOLSKI (1898-1967) („Friedrich Engels und das Problem der geschichtslosen

Völker“, 1964; „Zur Entstehungsgeschichte des Marx’schen ‚Kapital‘“, 2 Bde. 1968) wirft allerdings OSCAR LANGE vor, die Arbeitswertlehre von MARX auf Kategorien der neoklassischen Nationalökonomie zu reduzieren. In den Vereinigten Staaten haben PAUL A. BARAN (1910-1964) „The Political Economy of Growth“ (1957, deutsch 1965) und PAUL M. SWEETZY (geb. 1915, „The Theory of Capitalist Development“, 1942, deutsch 1959) in einer Reihe von Arbeiten, die zuletzt in dem von ihnen gemeinsam publizierten Buch „Monopoly Capital“ (1966, deutsch 1967) kulminieren, die spätkapitalistische Wirtschaftsentwicklung im höchstentwickelten Monopolkapitalismus zum Gegenstand ihrer Forschungen gemacht. Ihr wichtigstes Problem ist dabei die Theorie des Wachstums unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, insbesondere die Differenzen zwischen dem jeweils effektiven und dem potentiellen volkswirtschaftlichen Überschuß der Gesamtproduktion einer nationalen kapitalistischen Gesellschaft. Dieser „Surplus“ wird dabei (allerdings inexakt) definiert als die Differenz zwischen dem, was eine Gesellschaft produziert, und den für diese Produktion notwendigen Kosten. BARAN und SWEETZY gelangen (bei anderem methodischen Ansatz) zu dem gleichen Ergebnis wie N. MOSZKOWSKA, daß nämlich die Vermittlung sowohl des Krisenausgleichs als auch des technischen Fortschritts in den Investitionswellen während der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Entwicklung weitgehend, und zwar aus ökonomisch wie soziologisch systemimmanenten Gründen, mittels des Wachstums der Staatsausgaben und zwar insbesondere infolge der Wendung zum Rüstungskapitalismus erfolge. Die notwendige Folge seien ständig wachsende Interventionen der (politisch durch die Oligopole kontrollierten) Staatsmacht in den ökonomischen Prozeß und ebenso die inflationären Tendenzen, die – wie auch DOBB in seiner Kritik an diesen amerikanischen Marxisten feststellt – sich während des ganzen Zeitraums des Imperialismus und der Rüstungspolitik der Großmächte immer wieder gezeigt haben. Nach Meinung von BARAN und SWEETZY wird durch diese Vermittlung die Stagnationstendenz in Schranken gehalten, die sich im monopol- bzw. oligopolkapitalistischen System daraus ergibt, daß die Wiederanlage von Vorzugsgewinnen in ihm nur insofern sinnvoll ist, als sie nicht durch vermehrte Angebotskonkurrenz zur Selbstaufhebung von Monopolstellungen führt. Der in Cambridge lehrende Engländer MAURICE H. DOBB (geb. 1900) („Political Economy and Capitalism“, 1937; „Studies in the Development of Capitalism“, 1946; „On Economic Theory and Socialism“, 1955; „Essay on Economic Growth and Planning“, 1960) hat einerseits die Kritik der modernen Richtungen der bürgerlichen Nationalökonomie, insbeson-

dere des Keynesianismus, und die Überprüfung ihrer gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und Funktionen, andererseits die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus zwischen den Weltkriegen in den Mittelpunkt seiner Arbeiten gestellt. Der Pariser Professor CHARLES BETTELHEIM (geb. 1913) überprüfte in „L'Economie allemande sous le nazisme“, (1946) die Verschränkungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Dritten Reich und versuchte in „Les problèmes théoriques et partiques de la planification“ (1946) Inhalt und Grenzen der Planungstendenzen einerseits im Spätkapitalismus, andererseits im möglichen Übergang zum Sozialismus darzustellen. In „L'Inde“ (1959) will er die Gründe dafür theoretisch prüfen und empirisch belegen, daß in der von der Kolonialherrschaft politisch emanzipierten Wirtschaft eines großen Entwicklungslandes, das keine soziale Revolution durchgeführt hat und dessen Planungsmethoden deshalb durch überkommene feudale Eigentumsverhältnisse und kapitalistische Oligopole gehemmt bleiben, die ökonomische und kulturelle Fortentwicklung trotz erheblicher Unterstützung durch die industriekapitalistischen Länder völlig stagniert und teilweise sogar zurückfällt. In den Büchern „Nouveaux aspects de la theorie d'emploi“ (1952) und „Problèmes du développement économique“ (1953) setzt er sich mit der Beschäftigungs- und Wachstumstheorie in der spätkapitalistischen Gesellschaft auseinander. Von der Tra-

Unter stärkerer Berücksichtigung internationaler Aspekte versucht KURT STEINHAUS (geb. 1938; „Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes“, 1967) die Frage der Bedeutung der sogenannten Entwicklungsländer für die Ökonomie und Politik der spätkapitalistischen Staaten zu klären. Sie beruht nach seiner Meinung immer weniger in den für die kapitalistischen Länder zwar nach wie vor Vorteile bietenden ökonomischen Beziehungen, sondern vielmehr in dem Anwachsen der kolonialrevolutionären Bewegungen. Durch die damit drohende globale politische Machtverschiebung zugunsten der sozialistischen Staaten und die zu ihrer Verhinderung geführten Kriege könnten politische und ökonomische Rückwirkungen auf die kapitalistischen Staaten systemgefährdende Tendenzen aktualisieren helfen.

# Marxistische Blätter – Flugschriften

---

Die Reihe bringt in loser Folge kleinere Arbeiten marxistischer Wissenschaftler. Pro Jahr vier bis sechs Hefte. Im Abonnement – auch rückwirkend möglich – nur EUR 10.50 für je vier Hefte (einschließlich Porto). Bisher sind erschienen:

**Domenico Losurdo**

**Flucht aus der Geschichte? Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthaß**

Flugschrift 01 • 56 Seiten • EUR 3.00 (plus Porto)

**Domenico Losurdo**

**Die Linke, China und der Imperialismus**

Flugschrift 02 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

**Hans Kalt: Das Phänomen Jörg Haider**

Flugschrift 03 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

**Thomas Metscher**

**Moderne Weltliteratur und die Stimme Schwarzafrikas**

Flugschrift 04 • 44 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

**Genadi Sjuganow**

**Globalisierung: Sackgasse oder Ausweg?**

Flugschrift 05 • 48 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

**Gerhard Feldbauer**

**Kommt mit Berlusconi ein neuer Mussolini?**

Flugschrift 06 • 52 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

**Domenico Losurdo: Was ist Fundamentalismus?**

Flugschrift 07 • 52 Seiten • EUR 3.00 (plus Porto)

**Martin Robbe: Die Palästinenser.**

**Zur Geschichte und Problematik eines Konflikts**

Flugschrift 08 • 76 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

**Werner Seppmann**

**Die Aktualität der Kapitalismuskritik**

Flugschrift 09 • 68 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

**Peter Balnis**

**Unser Bildungswesen liegt schief. Die PISA-Studie**

Flugschrift 10 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

**Radhika Desai: Die künftige Politik der Rechten**

Flugschrift 11 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

---

Wolfgang Abendroth (1906-1985) hat Ende der 1960er Jahre auf Bitte seines Marburger Kollegen und Freundes Werner Hofmann eine knappe Darstellung des „theoretischen Weltkommunismus“ verfasst. Obwohl seit der Erstveröffentlichung über drei Jahrzehnte vergangen sind, ist sie als Einführung in den theoretischen Werdegang der kommunistischen Bewegung nach der Oktoberrevolution unübertroffen. Das liegt vor allem daran, dass der Marxist Abendroth, parteifrommer Idealisierung und Legendenbildung ebenso abhold wie dem gängigen Antikommunismus und Antisowjetismus, nie den sozialen, ökonomischen und weltpolitischen Kontext aus den Augen verliert, in dem dieser Werdegang sich vollzog.

Kriegskommunismus und „Neue ökonomische Politik“ in Sowjetrußland • Die Kommunistische Internationale bis 1924 • Sowjetunion und Kommunistische Internationale 1924-1928 • Der Stalinismus • Der Polyzentrismus und die Rückkehr zu öffentlich diskutiertem theoretischem Denken im Weltkommunismus • Theoretische Einzelarbeit auf der Grundlage des Marxismus